

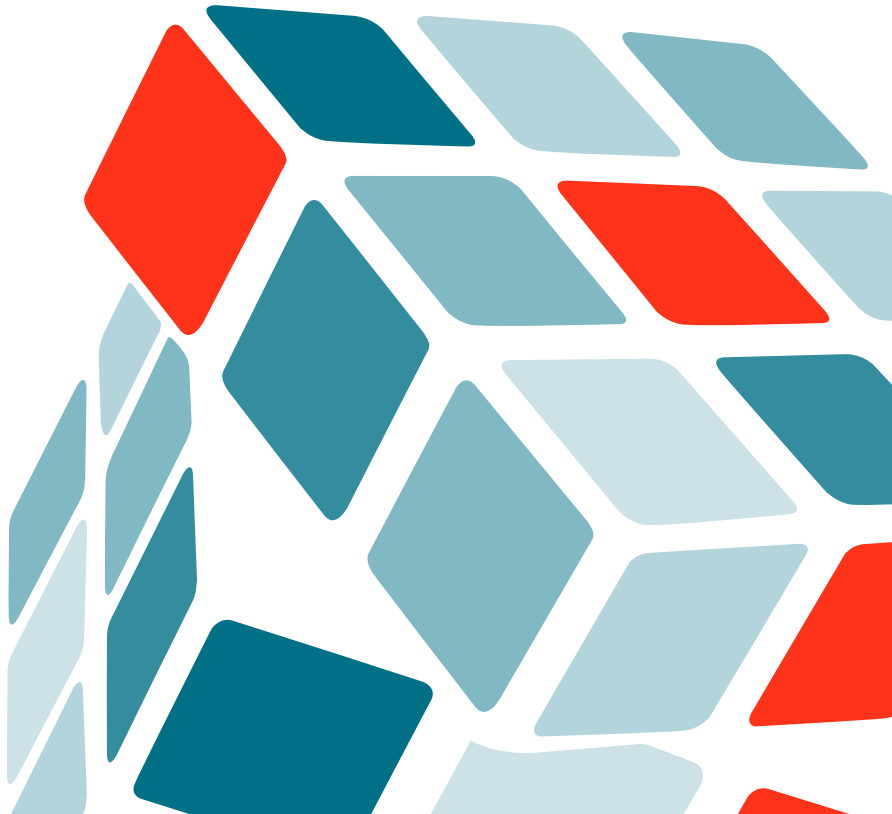
ANALYSEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

INTERNATIONALE POLITIK

DAS UNVER- GLEICHLICHE DILEMMA RUSSLANDS

PERRY ANDERSON



INHALT

Das unvergleichliche Dilemma Russlands	2
Dualitäten	3
Garant der Ordnung	6
I. Erschütterungen	10
Grenzstreitigkeiten	14
Der Zerfall der Ukraine	17
Niederlagen und Auseinanderbrechen	19
Fehleinschätzungen	23
II. Ressourcen?	26
Neo-Pietismus	27
Imperium und Nation	30
Die Auslöschung der UdSSR	35
Literatur	41

DAS UNVERGLEICHLICHE DILEMMA RUSSLANDS

Russlands Abschied vom Kommunismus liegt nun bald mehr als ein Vierteljahrhundert zurück. Seit 15 Jahren ist dort derselbe Mann an der Macht. Zum Ende der laufenden Amtsperiode wird er genauso lang Staatschef gewesen sein wie vormals Leonid Breschnew in der Sowjetunion. Von Anfang an gingen im Westen die Meinungen über Wladimir Putin völlig auseinander. Ganz offensichtlich hatte sich das Land nach Putins erster Präsidentschaft von einer langen Phase des wirtschaftlichen Niedergangs und Elends, in der es beinahe zu einem Staatsbankrott gekommen wäre, einigermaßen erholt. Und ganz offensichtlich war Putin mit Russlands Rückkehr zu ökonomischem Wachstum und politischer Stabilität in der Bevölkerung immer beliebter geworden. Davon abgesehen gab es jedoch keinerlei Konsens. Für das eine Lager, dessen Stimmen im Laufe der Zeit deutlich lauter geworden sind, basiert Putins Herrschaftssystem im Wesentlichen auf Korruption und Repression. Für sie handelt es sich bei Russland um einen neoautoritären Staat, der dem Westen grundsätzlich feindselig gegenübersteht, um eine Art Kleptokratie, die nur mühsam den Anschein von Rechtsstaatlichkeit aufrechterhält.

Diese Sichtweise ist vor allem unter Journalisten weit verbreitet, aber keinesfalls auf sie beschränkt. Stellvertretend hierfür stehen Publikationen wie «The New Cold War» (2009) von Edward Lucas, dem Herausgeber des *Economist*, «Mafia State» (2012) von Luke Harding, Journalist des britischen *Guardian*, oder «Fragile Empire» (2013) von Ben Judah, Mitarbeiter des Magazins *Standpoint*. Aber am schärfsten wird diese Kritik an Putin von

Juristen wie Stephen Holmes formuliert. Edward Lucas (2009: 17 ff.) zufolge sichert Putin, der durch einen «zynischen Putsch» an die Macht gekommen sei, seine Herrschaft mit «typischen Gangster- und Terrormethoden» ab. Diese Herrschaft habe «einen dunklen Schatten über die östliche Hälfte des Kontinents geworfen». Unter Putins Führung, so Luke Harding (2011: 292), sei «Russland tyrannisch, einschüchternd, gewalttätig, grausam und vor allem unmenschlich» geworden. Ben Judah (2013: 328f.) stellt Russland als eine «verzweifelte, gequälte und gebrochene Gesellschaft» dar, als einen der «größten Misserfolge der Geschichte», gefangen im Würgegriff eines apokalyptischen Systems. Da «Putin die Macht nicht abtreten» könne, weil er Angst haben müsse, danach im Gefängnis zu landen, sollte der Westen sich überlegen, «ob er ihm nicht Exil anbietet, um Blutvergießen zu vermeiden». Holmes (2012: 24) kritisiert die «illegalen Raubzüge» einer «vom Rest der Gesellschaft abgekoppelten habgierigen Oligarchie», deren «unterschiedliche Fraktionen unter dem «Deckmantel einer autoritären Restauration» um «ihren Anteil an den massiven Geldflüssen kämpfen».

Das andere Lager hat vor allem in der akademischen Welt mehr Gewicht. So kamen zwei der führenden wissenschaftlichen Autoritäten zum Thema postkommunistisches Russland zu einem positiven Gesamturteil über Putins bisherige Amtszeit, ohne jedoch deren Schattenseiten zu ignorieren. In seiner Studie «The Return» (2011), die sich mit den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Fall der Sowjetunion befasst, knüpft Daniel Treisman an seine bereits zuvor formulierte

These an, Russland habe sich zu einem normalen Land mit mittlerem Durchschnittseinkommen entwickelt, verbunden mit den hierfür typischen Problemen: kapitalistische Vetternwirtschaft, Korruption, große Einkommensungleichheiten, tendenziöse Medien und Wahlmanipulation. Allerdings sei die russische Gesellschaft wesentlich freier als etwa die Gesellschaften der Golfstaaten, mit denen sie oft verglichen werde, weniger gewalttätig als die Gesellschaft Mexikos, einem respektierten Mitglied der OECD, und weniger etatistisch ausgerichtet als etwa die brasilianische Gesellschaft, in der allein der Staat den Energiesektor kontrolliert. Die meisten Russen seien der Ansicht, dass sie seit 1997 mehr Freiheiten hätten, und würden zudem behaupten, zufriedener zu sein. Treisman (2011: 389) stellt daher infrage, ob «es wirklich den langfristigen Interessen des Westens» diene, Russland «eine imperiale Agenda zu unterstellen (ohne diese beweisen zu können), die autoritären Züge des gegenwärtigen Regimes zu überzeichnen, den Kreml zu dämonisieren und seine liberalen Gegenspieler zu romantisieren».

Von Richard Sakwa stammen vier Standardwerke und eine Fülle von Artikeln zur Entwicklung Russlands im 21. Jahrhundert. Er gilt als einer der profiliertesten Putin-Kenner und vertritt die Position, dieser habe zwar die gesamte ihm qua seines Amtes zustehende Macht ausgeschöpft, sich dabei aber immer im Rahmen der Verfassung bewegt und niemals die ihr zugrunde liegenden liberalen Werte abgelehnt. Unter seiner Führung sei keine moderne Autokratie entstanden, es habe keinen Ausnahmezustand, keine Massenverhaftungen, keine Zensur von Schriftstellern oder Filmemachern gegeben und auch keine abgeschwäch-

te Version des alten Sowjetregimes. Vielmehr handele es sich bei Russland um einen «dualen Staat», bestehend aus einer Rechts- und Verfassungsstruktur und einem diskretionären Verwaltungssystem, die durch Putins zentristischen Führungsstil in einem Spannungsverhältnis gehalten würden.

«Das Wesen des Putin'schen Systems besteht darin, für ein Gleichgewicht zwischen diesen beiden Säulen zu sorgen», schreibt Sakwa in «The Crisis of Russian Democracy» (2011a). Dieses Austarieren sei die Voraussetzung gewesen für die Herausbildung und schließlich vollständige Entfaltung dessen, was er als «das Standardpaket des Westens» bezeichnet, bestehend aus Verfassungsstaatlichkeit, liberaler Demokratie und freien Märkten. Damit wurde «das gewaltige Potenzial mobilisiert, das in den formalen Institutionen des postkommunistischen demokratischen Russlands» schlummerte. Sakwa (2011a: 250) vertritt die Hoffnung, «die mimetischen Institutionen des Standardpakets» würden «schrittweise ein relativ autonomes Eigenleben entwickeln», und der Rechtsstaat werde es schaffen, «die Willkür des Verwaltungsapparats [zu] überwinden».¹

Dualitäten

Diese gegensätzlichen Einschätzungen sind im Unterschied zu den 1930er Jahren oder zur Zeit des Kalten Krieges nicht Ausdruck unterschiedlicher ideologischer Ansichten. Vielmehr sind sich die Autoren in wesentlichen politischen Punkten einig: Sie bekennen sich alle zum «Standardpaket» westlicher Werte, wie es Sakwa definiert hat, und betrachten deren

¹ Sakwa verweist an anderer Stelle darauf, dass dieser das russische System kennzeichnende Dualismus nicht einzigartig, sondern auch in anderen Ländern zu finden ist, zum Beispiel im Iran.

Mimesis als Maßstab für Russlands Fortschritt. Die Differenzen zwischen ihnen spiegeln vielmehr die objektiven ökonomischen, politischen und ideologischen Widersprüchlichkeiten des von ihnen beschriebenen Systems wider. Für die meisten westlichen Kommentatoren ist der entscheidende Lackmustest für jede ordentliche kapitalistische Gesellschaft, inwiefern es ihr gelingt, freie Märkte hervorzubringen und die Sicherheit von Eigentumsrechten zu garantieren. Und wie ist es seit dem Abgang von Boris Jelzin um diese wesentlichen Eigenschaften liberaler Ökonomien bestellt? Es handelt sich bei Russland ja ganz offensichtlich um ein wirtschaftsfreundliches Regime.

In Russland gilt eine einheitliche Unternehmenssteuer und eine Einkommenssteuer von unter 13 Prozent – etwas, was viele CEOs im Westen vor Neid erblasen lässt. Nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation lag der Zollplafond auf Industrieerzeugnisse unter 8 Prozent. Selbst im ersten Jahr der weltweiten Finanzkrise (2008) beliefen sich die öffentlichen Schulden auf nicht mehr als etwa 10 Prozent des Bruttoinlandprodukts, zudem verfügte der russische Staat über Rücklagen von 500 Milliarden US-Dollar – auch das etwas, wovon Regierungen der USA oder der EU-Staaten nur träumen konnten. Die Leistungsbilanz weist seit dem Jahrhundertwechsel praktisch ununterbrochen einen Überschuss aus. Seit Putins Machtübernahme ist der Anteil des privaten Sektors an der Gesamtwirtschaft von 45 auf 60 Prozent gestiegen. Putin lügt also nicht, wenn er potenziellen Investoren versichert: «Wir sind weit entfernt davon, einen Staatskapitalismus zu errichten.»

Im Energiesektor, in dem im Jahr 2011 fast 50 Prozent aller Staatseinnahmen

erwirtschaftet wurden und der gemessen am Wert 52 Prozent aller Exportgüter lieferte, verfügt der russische Staat allerdings über ein Monopol, und zwar bei der Gasförderung. In der Ölindustrie wuchs unter Putins Führung der Anteil staatlicher Unternehmen von annähernd 0 auf 45 Prozent. Private Konzerne kontrollieren aber weiterhin den Großteil der Ölressourcen, was Russland zusammen mit den wahren Bastionen der freien Marktwirtschaft wie den USA, Kanada und Großbritannien in der heutigen Welt zu einer Art Ausreißer macht. Fast überall sonst, wo es im größeren Umfang Rohöl gibt, sei es in Brasilien, Norwegen, Saudi-Arabien, Angola, Indonesien oder Venezuela, ist dieser Bereich fest in öffentlicher Hand. Aber die Neuordnung der Eigentumsrechte war wahrscheinlich weniger entscheidend als die Veränderungen innerhalb der jeweiligen Sektoren.

Putin war sich im Klaren darüber, dass eine grundlegende Umkehr in Sachen Raubtierkapitalismus und der damit verbundenen massiven Privatisierungswelle (*prichwatisazija*) in den 1990er Jahren von einem Großteil der Bevölkerung begrüßt worden wäre. Er lehnte einen solchen Schritt jedoch ab. Trotzdem ist es ihm mit der Zerschlagung des Yukos-Imperiums und damit der Entmachtung des ehrgeizigsten und rücksichtslosesten Oligarchen der Jelzin-Ära gelungen, den Reichen und Privilegierten ihre Grenzen aufzuzeigen. Das Schicksal von Michail Chodorkowski, der in manchen nationalen und ausländischen Medien als Titan eines neuen russischen Unternehmertums verherrlicht wurde, war eine unmissverständliche Botschaft an dessen Kumpanen, die genauso wie er mit der Ausplünderung des Landes ein Vermögen verdient haben. Sie konnten ihre Mil-

liarden behalten, waren aber nur noch geduldet. Künftig sollte kein Oligarch mehr auch nur auf den Gedanken kommen, die Macht des russischen Staates infrage zu stellen oder sie herauszufordern. Wenn es ernst würde, hätten sie alle nach Putins Pfeife zu tanzen. Auch Privateigentum wäre nicht länger unantastbar, wenn wirtschaftliche Erwägungen des Staates dem entgegenstünden. Eigentum ist konzessioniert, ein Begriff, der eher dem Absolutismus des 16. Jahrhunderts als dem Kolonialismus des 19. Jahrhunderts entstammt und eine moderne Form der «Pomestie» bezeichnet, ein widerrufbares Recht auf Grundbesitz, das Iwan IV. seinen Untertanen gewährt hatte (vgl. Tompson 2015; Easter 2013).

Dieses besondere Kennzeichen von Putins System geht auf dessen prägende Erfahrungen in der postsowjetischen Gesellschaft zurück. Die Bolschewiken hatten nach der Oktoberrevolution, die in der Hauptstadt des Russischen Reichs vollendet wurde, das Machtzentrum von Petrograd (heute Sankt Petersburg) nach Moskau verlagert, das im Bürgerkrieg leichter zu verteidigen war. Danach – über fast die gesamte Zeitdauer der UdSSR hinweg – entwickelte sich Leningrad allmählich zu einer politischen Sackgasse: Die Karrieren aller lokalen Machträger endeten mit wenigen Ausnahmen verfrüht: Entweder verstarben sie oder fielen in Ungnade. Mit der Öffnung der russischen Wirtschaft in den 1990er Jahren – in denen sich die inzwischen wieder in St. Petersburg umbenannte Stadt geografisch und kulturell besonders stark am Westen ausrichtete, wie es von ihren Gründern einstmals beabsichtigt worden war – ergaben sich dort neue Möglichkeiten. Nach seiner Rückkehr aus Dresden, wo er für den KGB tätig gewesen war, stieg Putin im Hand-

umdrehen zum Assistenten des neuen Oberbürgermeisters Anatoli Sobtschak, 1991 liberaler Held der ersten Stunde, auf. Dieser machte ihn zuständig für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Stadt und den Umgang mit ausländischen Investoren. Hier befand sich Putin nun mitten im Zentrum von diversen sich kreuzenden Netzwerken, in denen man um politische Einflussnahme buhlte und wo alle möglichen Geschäfte angebahnt wurden. Hier brachte Putin zum ersten Mal ehrgeizige Jungunternehmer und altgediente Kempen aus den sowjetischen Sicherheitsapparaten mit juristischen und wirtschaftlichen Machern unterschiedlichster Couleur zusammen, die zu gegebener Zeit die Kerntuppe seines Regimes stellen sollten.

Am Ende des Jahrzehnts floh Sobtschak, gegen den die Staatsanwaltschaft inzwischen wegen massiver Korruption ermittelte, mit Putins Hilfe nach Paris. Dieser arbeitete zu diesem Zeitpunkt bereits im Kreml. Ansonsten kamen die führenden Galionsfiguren des sich ab 2000 abzeichnenden Herrschaftssystems von Putin aus dem St. Petersburg-Netzwerk (*pitertzy*): darunter die neoliberalen Falken Anatoli Tschubais, Alexei Kudrin und Herman Gref, die Geheimdienstler und Sicherheitschefs Igor Setschin, Sergei Iwanow, Nikolai Patruschew, Wladimir Jakunin und Alexander Bortnikow, die «juristischen Berater» Dmitri Medwedew und Dmitri Kosak sowie die milliarden-schweren Busenfreunde des Präsidenten: Gennadi Timtschenko und die Gebrüder Akardi und Boris Rotenberg.²

² Vgl. Gustafson (2012) für eine allgemein zutreffende und faktenreiche Analyse der in St. Petersburg geknüpften Verbindungen, die auch auf persönlichen Kontakten basiert, aber stillschweigend über die Fehlritte von Sobtschak hinweggeht. Masha Geesen (2012) hat sich dagegen umfassend dem Charakter und Schicksal des Ziehvaters von Putin gewidmet.

In dieser Konstellation, die allen Beteiligten zu erheblichem persönlichen Reichtum verhalf, gab es keine klare Demarkationslinie, die die Wirtschaftsliberalen von den starken Männern im Staatsapparat (*siloviki*) getrennt hätte. Für beide Seiten war die private Akkumulation von Vermögen politisch entscheidend. Putin fiel es aufgrund langjähriger persönlicher Konflikte und wechselhafter Gruppierungen – das Ganze war keine Clanstruktur, sondern eher ein Konglomerat – relativ leicht, Posten hin und her zu schieben und die verschiedenen Interessen und Personen nach Belieben gegeneinander auszuspielen. Er gerierte sich schon frühzeitig als Schiedsrichter an der Schnittstelle von Staat und Kapital. Gleb Pawlovsky, der Klügste unter seinen «technischen und politischen Beratern» und Experte für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, hat anschaulich beschrieben, welche Haltung hinter solch einer Staatskunst steckt:

«Putin ist ein Sowjetmensch, der den Einzug des Kapitalismus auf eine sowjetische Weise betrachtete. Uns allen wurde beigebracht, der Kapitalismus sei ein Königreich von Demagogen, hinter dem das große Geld steht, und ein Militärapparat, der die Kontrolle über die ganze Welt anstrebt. Dies ist eine sehr klare und simple Vorstellung, die Putin meiner Einschätzung nach teilte, weniger als offizielle Ideologie, sondern vielmehr als eine Form des Alltagsverständs. Im Sinne von: Wir waren Idioten. Anstatt zu versuchen, eine gerechte Gesellschaft aufzubauen, hätten wir lieber Geld verdienen sollen. Hätten wir mehr Geld als die westlichen Kapitalisten gehabt, hätten wir sie einfach aufkaufen können. Oder wir hätten vielleicht eine Waffe entwickeln können,

die sie nicht hatten. Solche Art von Vorstellungen. Man sah das Ganze als ein Spiel an, das wir verloren haben, weil wir Naheliegendes nicht getan haben: Wir haben keine eigene Kapitalistenklasse ausgebildet und wir haben den mit uns verbündeten Raubfischen keine Chance gegeben, aus der Tiefe aufzutauchen und die Raubfische der Gegenseite einfach aufzufressen. Das waren seinerzeit Putins Anschauungen, und ich gehe davon aus, dass sich diese seitdem nicht wesentlich verändert haben.» (Pawlovsky 2014: 56)

Die unter Boris Jelzin groß gewordenen Oligarchen hatten ihre eigene Ultima Ratio nicht verstanden, es brauchte erst den Fall Yukos, damit sie diese begriffen. Aber es stand außer Frage, dass ihre Spezies gebraucht wurde. Wladislaw Surkow, ein noch schillernderer Berater von Putin, erzählte einem Reporter 2011, Putin sei zu dem Schluss gekommen, dass eine allgemeine Enteignung der Oligarchen nicht möglich sei. Der Grund: Es gebe nicht genügend fähige Unternehmer, um diese zu ersetzen. Die Gruppe von klugen Geschäftsleuten sei «sehr überschaubar, und diese seien sehr wertvoll [...], weil sie sowohl über Geld, Verstand und die notwendigen Technologien verfügten» (zit. nach Hill/Gandy 2013: 209). Die Ölbarone seien nicht weniger wichtig als das Öl. Der Staat müsse aus beiden das Beste herausholen (vgl. hierzu auch Tregubova 203: 349 f.).

Garant der Ordnung

Wie sieht es in Bezug auf die anderen politischen Elemente des Standardpakets (etwa die Garantie von Freiheitsrechten) aus? Putin hat immer darauf bestanden, dass die Gesellschaft, über die er herrscht, eine demokratische ist.

Nur wenige würden behaupten, dass es sich bei Russland um eine Polizei- oder Militärdiktatur handelt. Grundsätzlich herrscht hier eine durchaus mit der Lage im Westen vergleichbare Meinungsfreiheit, wobei die Möglichkeiten, diese im Fernsehen oder in den Printmedien zu vertreten, geringer sein mögen, im Internet gibt es dagegen kaum Beschränkungen. So kann Russland mittlerweile damit angeben, die größte Internetgemeinde in Europa zu haben. Es herrscht weitgehende Reisefreiheit. In den USA werden die Bürger weitaus stärker elektronisch überwacht als in Russland. Es finden hier regelmäßig Wahlen statt, bei denen Oppositionsparteien antreten und ins Parlament gewählt werden (selbst wenn diese nur dem Namen nach der Opposition angehören). Die Verfassung, deren Verabschiedung vom Westen begrüßt worden ist, blieb bis dato unangestastet. Der russische Staat akzeptiert die internationale Rechtsprechung wie etwa die des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Ein Großteil der zivilen Rechtsprechung im Inneren findet ohne Einmischungen statt. Die äußeren Merkmale eines Rechtsstaates sind also durchaus gegeben.

Die Einhaltung und Umsetzung rechtsstaatlicher Mechanismen zu garantieren, ist jedoch eine ganz andere Sache. So spielten etwa bei der Verabschiedung der Verfassung Betrug und Bestechung eine nicht unbeträchtliche Rolle. Es war beim entsprechenden Referendum zu Manipulationen bei der Stimmauszählung gekommen, was eine Kontrollkommission unter Jelzin später aufgedeckt hat, Wissenschaftler und Journalisten aus dem Westen dagegen sorgsam verschwiegen haben. Seit dem Fall der Sowjetunion hat es wohl keine einzige Wahl

gegeben, die frei von Fälschungs- und Nötigungsversuchen gewesen wäre. Der Sieg Jelzins 1996, den man im Weißen Haus und in der Downing Street mit großem Beifall begrüßt hatte, war einer der schlimmsten Verstöße gegen den artikulierten Volkswillen gewesen. Dmitri Medwedew, der 16 Jahre später unter demselben System zum Präsidenten gewählt wurde, gab offen zu, dass eigentlich der Altkommunist Gennadi Sjuganow die Wahl gewonnen hatte (vgl. hierzu Time, 24.2.2012).

Anders bei Putin. Im Gegensatz zu Jelzin wäre Putin auch ohne Wahlmanipulationen Präsident geworden (wenn auch vielleicht mit einem etwas schlechteren Ergebnis). Etwas anders sieht es mit der Partei «Einiges Russland» aus, mit der sich Putin schmückt. Ihre absolute Mehrheit im Parlament dürfte in keinem Verhältnis zu ihrer realen Unterstützung in der Gesellschaft stehen.³ Zudem fehlt es unter der geltenden Verfassung an einer klaren Gewaltenteilung. Auf der höheren Ebene setzt die Justiz in ihrer Anklagepraxis und Rechtsprechung im Großen und Ganzen den Willen des Kreml um. Seitdem Jelzin die Duma belagern und beschießen ließ, ist das Parlament mit seinen legislativen Aufgaben mehr oder minder eine Alibiveranstaltung. Selbst die Regierung verfügt nicht über die Macht einer wirklichen Exekutive, da nicht nur der Premierminister vom Präsidenten ernannt und entlassen werden kann (was besonders praktisch für Putin war), sondern mit dem Präsidentenam grundlegende Kontroll- und Weisungsbefugnisse in Bezug auf die gesamte Regierung verbunden sind. Es handelt sich bei diesem politischen System im

³ Vgl. zur Manipulation von Wahlen unter Jelzin und in der ersten Amtszeit von Putin die Analyse von Fish (2005).

Kern um einen von der Verfassung abgesicherten «Super-Präsidentalismus», der heute auf der ganzen Welt seinesgleichen sucht.

Gestützt wird dieses System der selektiven oder fingierten politischen Repräsentation durch einen modernisierten und gut ausgebauten staatlichen Zwangsapparat. Seit der Regierungszeit von Jelzin hat sich die Zahl der Staatsbediensteten landesweit mehr als verdoppelt. Es arbeiten in den lokalen und überregionalen Behörden um die 1,7 Millionen Menschen. Putin hat den Sicherheitsapparat gezielt weiter ausgebaut, indem er die Ausgaben für ihn um das Zwölfwache erhöhte. Für den FSB (Föderaler Dienst für die Sicherheit der Russischen Föderation, der zentrale Inlandsgemeindienst; Anm. d. Ü.) sind inzwischen 350.000 Personen tätig, die vor allem den oberen Etagen der regionalen Verwaltungen zuarbeiten, womit das gesellschaftliche Überwachungsnetz wohl noch enger geknüpft ist als vormals unter dem KGB (vgl. Gustafson 2012: 391; Judah 2013: 100 f.). Mit Ausnahme der Kriegsgebiete im Nordkaukasus sind polizeiliche Spezialeinheiten (OMON), die direkt dem Innenministerium unterstehen, für repressive Aufgaben im Land zuständig, bei ungenehmigten Protesten und Demonstrationen wird in der Regel massiv Bereitschaftspolizei eingesetzt. Auftragsmorde, die seit der Jelzin-Regierung und dem Aufstieg der Oligarchen regelmäßig verübt werden, werden nur selten aufgeklärt. Der «Leim», der sämtliche gesellschaftlichen, administrativen, repräsentativen und repressiven Institutionen auf verschiedenen Ebenen zusammenhält und allgegenwärtig ist, ist die Korruption. Nach Schätzungen eines führenden Verwaltungsmitarbeiters werden pro Jahr

zwölfstellige Summen für Bestechungsgelder und Geschenke aufgewendet.⁴ Das Herrschaftssystem wird also mit einer Kombination aus Zwang und Konsens (hergestellt mittels erheblicher finanzieller Zuwendungen) abgesichert.

So viel zu den inneren Strukturen und Grundlagen des Regimes. Das vom Westen vorgegebene Standardpaket – nach dem «Fortschritte» in Russland in der Regel beurteilt werden – beinhaltet noch ein weiteres Element, das jedoch selten gesondert Beachtung findet, weil es bereits Teil der Definition ist: ein ideologisches Bekenntnis zur internationalen Gemeinschaft als Bescheinigung für die geforderte Mimesis. Für Washington und Brüssel ist der Aufbau einer modernen Demokratie zwangsläufig mit einer Ausrichtung an der euro-amerikanischen Wertegemeinschaft verbunden. Inwieweit erfüllt Russland diese Bedingung? Vom Anbeginn seiner Präsidentschaft hat Putin nicht nur betont, sein Land gehöre, historisch betrachtet, zu Europa, sondern er hat auch Gemeinsamkeiten mit dessen fortschrittlichsten Regionen reklamiert. Er sagte: «Wir sind Westeuropäer», und schlug sogar vor, Russland solle der NATO beitreten. Selbst wenn spätere Aussagen weniger euphorisch klangen, haben das russische Regime und seine Medien nie aufgehört, die gemeinsamen Werte der westlichen Zivilisation zu beschwören, die von Russland an der Seite der EU und den USA gegen den aktuellen Terrorismus verteidigt würden. Putin war der erste staatliche Vertreter, der 2001 nach den Angriffen auf die Twin Towers und auf das Pentagon Präsident Bush gegenüber seine Solidarität

⁴ Zitiert nach Sakwa (2012: 74), bei dem von 240 Milliarden US-Dollar die Rede ist, was sicherlich übertrieben ist, aber dass überhaupt so eine hohe Summe im Umlauf ist, spricht für sich.

bekundete. Er schloss russische Stützpunkte auf Kuba und in Vietnam, öffnete den russischen Luftraum für die US Airforce, damit diese Nachschub nach Afghanistan liefern konnte, machte kein großes Aufheben angesichts der NATO-Osterweiterung im Baltikum und mokierte sich eher über die militärische Führung seines Landes, anstatt diese zu hofieren und anzustacheln. All dies konnte als eindeutiger Hinweis gewertet werden, dass Russland ein verlässlicher Partner des Westens und ein überzeugtes Mitglied der internationalen Gemeinschaft war.

Doch es gab von Anfang an auch einen gewissen Vorbehalt und Widerspruch. Moskau hatte zwar jeden Anspruch aufgegeben, eine Alternative zum kapitalistischen System und seinen politischen Formen zu offerieren. Aber Russland bestand immer auf seinem Recht, darin eine gewisse Autonomie zu behalten. Es wollte weiterhin seine weit in die Geschichte zurückreichenden Traditionen pflegen. In seiner öffentlichen Ansprache zur Jahrtausendwende, auf der Schwelle zu seiner ersten Präsidentschaft, kam Putin (zit. nach Hill/Gady 2013: 36) auf diesen Punkt zu sprechen:

«Für uns haben der Staat und seine Institutionen und Strukturen immer eine herausragende Rolle im Leben des Landes und der Menschen gespielt. Für Russen stellt ein starker Staat keine Anomalie dar, die es zu bekämpfen gilt.

Im Gegenteil: Er ist die Quelle und der Garant der Ordnung, der Initiator und die treibende Kraft eines jeden Wandels.»

Für Russlands Haltung gegenüber dem Ausland bedeutete dies: Es hatte die Pflichten der *derzhavnost* zu erfüllen.⁵ Russland würde weiterhin wie eine Großmacht auftreten und handeln. Schließlich kam ihm diese Rolle seit dem 18. Jahrhundert zu. Der Widerspruch zwischen diesem Vokabular, das der Vergangenheit angehörte, und dem normativen Diskurs der «internationalen Gemeinschaft», in dem von Hierarchien keinerlei Rede mehr ist (was es in der Realität dem Hegemon eher erleichtert, seine eigenen Interessen durchzusetzen), konnte kaum unbemerkt bleiben. Zu gegebener Zeit, nachdem sich die USA zunächst wenig offen gegenüber den Annäherungsversuchen Putins gezeigt hatten, verständigte man sich auf eine Doktrin, die folgenden Umgang mit dem genannten Widerspruch vorsah: Russland wurde der Status einer «soveränen Demokratie» zugeschrieben, wobei das Substantiv auf die grundsätzliche Einhaltung des Standardpakets verweist, das Attribut dagegen darauf, dass man Russland eine gewisse Abweichung davon zugestand. Das Land würde sich nicht einfach mimetisch verhalten, weder zu Hause noch im Ausland. Der Westen sollte sich daran gewöhnen.

⁵ Pawlovsky (2012: 56) hat Putin als einer dieser Menschen bezeichnet, «die bis zum Ende der 1990er Jahre auf den Moment der *Revanche* gewartet haben. Damit meine ich die Wiedergeburt eines mächtigen Staates, so ein Staat wie der, in dem wir gelebt, an den wir uns gewöhnt hatten. Selbstverständlich kein totalitärer Staat, aber einer, den alle respektieren.»

I. ERSCHÜTTERUNGEN

So lagen die Dinge, als Putins zweite Präsidentschaft im Frühling 2008 zu Ende ging, nach einer Phase ununterbrochenen wirtschaftlichen Wachstums und politischer Stabilität, in der der allgemeine Lebensstandard gestiegen war genauso wie die landesweite Popularität des Staatschefs. Die Zeit der Apotheose war jedoch relativ kurz. Seitdem haben vier aufeinanderfolgende Krisen das russische Regime erschüttert, die nach und nach jede seiner Grundlagen angriffen. Die erste Krise schlug bereits in den nachfolgenden Monaten zu, als die Schockwellen der westlichen Finanzkrise auch Russland erreichten. Mit seinen hohen Exportüberschüssen hatte der Staat die unter Jelzin angesammelten Auslandsschulden begleichen können und üppige Reserven aufgebaut. Allerdings hatten sich private Unternehmen und öffentliche Banken mithilfe von staatlichen Garantien weltweit rücksichtslos Geld geliehen und so eine Kreditblase produziert, mit Verbindlichkeiten im Ausland, deren Höhe sich zwischen 2006 und 2007 nahezu verdreifachte (Gustafson 2012: 362). Als westliche, vom Wall-Street-Crash betroffene Gläubiger die Tilgung von Kurzziekrediten einforderten und der Ölpreis von 147 auf 34 US-Dollar pro Barrel fiel, verlor der russische Aktienmarkt über Nacht praktisch ein Drittel seines Werts. Massive Rücklagen im Bankensystem verhinderten einen allgemeinen Zusammenbruch, aber die darauffolgende Rezession in Russland war viel schlimmer als die in anderen großen Volkswirtschaften – das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte 2008 um satte 7,9 Prozent.

Wenige Jahre später, etwa um 2010 herum, hatte sich die russische Wirtschaft

einigermaßen von dieser Krise erholt, aber die Zeit der Schattenbudgets war vorbei. Um sich weiterhin die Zustimmung der Bevölkerung zu sichern, musste das Regime versuchen, das Konsumniveau zu stabilisieren. Das tat es, indem es die Staatsausgaben erhöhte, und zwar so, dass die neoliberalen Falken eigentlich hätten Sturm laufen müssen: Die Ölgewinne, die vom Finanzministerium lange Zeit in unabhängigen Fonds verwaltet worden oder als Einlagen ins Ausland geflossen waren, wurden nun für eine Erhöhung der Altersrenten und für andere Sozialleistungen herangezogen. Fortan gehörten staatliche Haushaltsdefizite zum russischen Alltag. Der Boom war vorbei, in seinem Nachgang kam es zu einer kritischen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Der in Russland herausgebildete «konzessionierte Kapitalismus» hatte es versäumt, die physische Infrastruktur des Landes zu erneuern oder für ausreichend technologischen Fortschritt zu sorgen. Die unverhofften Gewinne im Energiesektor waren zu wenig produktiv genutzt worden, die Plutokraten hatten es vorgezogen, weiterhin Luxusimmobilien im Ausland zu erwerben und dort ihr Finanzvermögen zu vermehren, anstatt die einheimische Industrie zu modernisieren. 2007 lagen die Wirtschaftsinvestitionen 40 Prozent unter dem, was im letzten Jahr der Existenz der Sowjetunion aufgewendet worden war. Mit einem Durchschnitt von 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist das Investitionsniveau auch heute um die Hälfte niedriger als in China und beträgt nur zwei Drittel des indischen. In beiden Ländern, China und Indien, gibt es wesentlich mehr global konkurrenzfähige

Unternehmen als in Russland (Christensen 2013: 184).

In der Ölindustrie, die für die Zukunft des Landes entscheidend bleibt, gingen die Profite kontinuierlich zurück, leicht auszubeutende Ölfelder begannen rar zu werden – eine vierfache Erhöhung der Investitionen zwischen 2006 und 2010 warf lediglich 5 Prozent an zusätzlichem Gewinn ab. In anderen Wirtschaftsbereichen – darunter die verarbeitende Industrie, die nur ein Fünftel der Gesamtproduktion ausmacht – sah die Leistungsbilanz kaum besser aus. Die Arbeitsproduktivität lag bei nur zwei Fünfteln des Niveaus in den USA oder in Westeuropa (Popov 2012: 9). Die Einnahmeoptionen des Regimes verengten sich.

Auf die Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen folgten politische Schwierigkeiten. Putin gab das Amt des Präsidenten an seinen ehemaligen Berater Medwedew ab, wobei Putin sich sehr bemühte, verfassungskonform zu handeln, was für seine Legitimation und sein Standing im Ausland sehr wichtig war. Medwedew war bewusst unter seinen vielen Gefolgsleuten auserkoren worden, weil man mit dieser Wahl dem Westen und den Liberalen glaubhaft versichern konnte, das Land befinde sich auf einem guten Weg. Aber anstatt sich von der politischen Bühne (zumindest für eine Übergangszeit) zurückzuziehen, zog Putin als Premierminister ins Weiße Haus ein, womit er persönlich das von Sakwa entwickelte Konzept des dualen Staats verkörperte. Das Ganze ging nach hinten los, Putins Kritiker sprachen von einer «Tandemokratie». Medwedew, der sich eine eigene Anhängerschaft und eine zweite Amtszeit im Kreml sichern wollte, versprach, gegen Betrug, Korruption, fehlende Rechtsstaatlichkeit («Rechtsni-

hilismus») und die Stagnation im Technologiebereich vorzugehen. Er umwarb die unabhängigen Medien und erklärte, dass es keinen Zielkonflikt zwischen einem Wohlfahrtssystem (das für mehr Gleichheit sorgt) und dem Prinzip der Freiheit gebe. Diesen Versprechungen folgten allerdings keine nennenswerten Veränderungen im politischen System. Stattdessen wurde die Amtszeit des Präsidenten von vier auf sechs Jahre ausgedehnt, was eine weitere enorme Aufwertung dieses Amtes bedeutete. Am Ende hatte man in liberalen Kreisen die Hoffnung auf Reformen geweckt, nur um diese kurz darauf zu enttäuschen, was sichtlich Frustrationen hervorrief.

In der Zwischenzeit zeigte sich Putin zunehmend nervös und reagierte empfindlich auf die Ambitionen seines Platzhalters. Es wurden Differenzen sichtbar hinsichtlich der russischen Unterstützung des NATO-Bombardements Libyens, die Medwedew als heilsamen Schlag gegen die Barbarei bewertete, während Putin den Missbrauch einer Resolution des Sicherheitsrates beklagte. Im Herbst 2011 hatten sich die führenden Polit-Technokraten Pawlovsky und Surkow auf die Seite derjenigen geschlagen, die mehr oder minder offen eine zweite Amtszeit von Medwedew befürworteten. Damit waren in Moskau große Erwartungen verbunden. Man erhoffte sich von Medwedew, dass er sich von seinem Mentor emanzipieren und endlich die überfällige Liberalisierung des Systems einleiten würde. Dies erwies sich jedoch als eine weitere Illusion, als Putin im September mit einem sichtlich demoralisierten Medwedew an seiner Seite ankündigte, beide würden nun, entsprechend einer schon seit Längerem getroffenen Vereinbarung (was ei-

ne glatte Lüge war), ihre Jobs tauschen, das heißt, er würde erneut das Amt des Präsidenten übernehmen. Diese Rochade, die auf krude Weise deutlich machte, wer hier den Ton angab, erwies sich als keine politische Glanzleistung. Sie stieß nicht nur auf Gleichgültigkeit oder Resignation, wie Putin es wohl erwartet hatte, sondern rief in *le tout Moscou* auch enorme Empörung hervor. Es kam noch schlimmer: Im Dezember wurde ein noch dreisterer Fall von Betrug und Korruption aufgedeckt, der für einen massiven Einbruch der Unterstützung von «Einiges Russland» sorgte. Die Reaktionen in der Hauptstadt darauf waren für das Regime bedrohlich: Schätzungsweise 100.000 Menschen gingen in Moskau auf die Straße, um gegen die Regierung zu protestieren – mehr als die Demokratiebewegung zu Zeiten der Perestroika und zu ihrem Ende hin je hatte mobilisieren können. Zum ersten Mal sah sich Putin mit einer breiten Opposition im Zentrum des Landes konfrontiert, mit gewissen Spillover-Effekten in einer Reihe von Provinzstädten.

Es fehlte den Protesten jedoch eine kritische gesellschaftliche Masse und Verankerung in den verschiedenen Milieus. Die meisten Teilnehmer an den Protesten kamen aus den professionellen Mittelschichten der Metropole Moskau, die sich durch ihren ausgeprägten Dienstleistungssektor und Reichtum deutlich von allen anderen russischen Städten abhebt. Sie gehören einer privilegierten Minderheit an, viele davon einer jüngeren Schicht von «Kreativen» (um hier einen positiven westlichen Ausdruck zu nutzen) aus dem IT-Bereich, aus der Welt der Werbung, der Mode, der Public Relations, des Consulting etc., die in gewisser Weise die alte Intelligenzija abgelöst

hatte. Obwohl die meisten von ihnen überwiegend liberal denken, war die Opposition von einer großen ideologischen Heterogenität geprägt: So gehörten zu den Protestierenden auch eindeutig nationalistische Gruppen sowie linke Strömungen, zu ihrer Symbolfigur wurde zwischenzeitlich der fremdenfeindliche Blogger Alexei Nawalny, dessen Hass sich nicht nur gegen verbrecherische Millionäre, sondern auch gegen mittellose Migranten richtet. Man war sich einig in der Ablehnung von Wahlbetrug und korrupten Funktionären. Darüber hinaus gab es jedoch kein gemeinsames politisches Programm, mit dem man auch die Mehrheit der Bevölkerung hätte gewinnen können, die keine vergleichbaren Vorteile wie die «Kreativen» genießt und für die materielle Probleme – soziale Unsicherheit, Armut, die Ineffizienz der Verwaltung – wichtiger sind als Fragen juristischer Rechtschaffenheit. Die Kritik an den formalen Strukturen des Regimes reichte offensichtlich nicht aus, für einen größeren gesellschaftlichen Aufbruch in Russland müssen auch seine sozialen Grundlagen in Angriff genommen werden.⁶ Nawalyns Befreiungskonzept – es braucht zehn mutige Unternehmer, um die Regierung zu Fall zu bringen – spricht Bände.

Putin blieb derweil nicht untätig. Er ließ massenweise Staatsbedienstete, Arbeiter und krawallbereite Jugendliche aus den Vorstädten ins Zentrum von Moskau karren, die dort lautstarke Demonstrationen zu seiner Unterstützung abhielten. Er konzentrierte das gesamte Gewicht seiner Verwaltung und der staatlichen Medien vor allem auf ein Ziel: seine Wie-

⁶ So zumindest die Einschätzung von Tony Wood (2012). Vgl. zur Zusammensetzung und zu den Erfolgsaussichten der Opposition in Moskau die Darstellung von Judah (2013: 195 ff.).

derwahl bei den anstehenden Wahlen im März. Das Ergebnis fiel erwartungsgemäß aus, wobei man darauf achtete, dass der Stimmenvorsprung vor den anderen Kandidaten diesmal nicht ganz so groß war, um nicht erneut Massenproteste zu provozieren. Das Beste, was die liberale Opposition gegen ihn aufzubieten hatte, war der Milliardär Michail Prochorow, ein Oligarch, dessen Verhaftung wegen des Vorwurfs der Zuhälterei in einem Skiort in den französischen Alpen zuvor einiges Aufsehen erregt hatte. Der große Konsens, der Putins ersten beiden Amtszeiten als Präsident getragen hatte, war allerdings dahin. Zur Konsolidierung seiner Macht griff Putin nun zum Mittel der Polarisierung: Er versuchte, die Mittellosen und die gut Ausgebildeten gegen den Jetset der russischen Gesellschaft und seine verwöhnten Sprösslinge aufzubringen. Aber auch dieser Strategie waren ähnlich wie der Bekämpfung der Opposition gewisse Grenzen gesetzt. Mit staatlichen Mitteln konnte man zwar der Bevölkerung mit niedrigen Einkommen aus der größten Not helfen, aber die sozioökonomischen Grund- und Schief lagen des Systems sollten dabei nicht angerührt werden. Auch eine allzu klassenkämpferische Rhetorik kam ideologisch nicht infrage, deswegen blieb eigentlich nur der Kulturkampf: die Anrufung patriotischer Werte gegen kulturelle Entwurzelung, der Bezug auf die Ikonen eines aufrichtigen Landes und auf seinen Glauben gegen den Virus einer von außen, aus dem Ausland eingeschleppten Dekadenz.

Auf der nationalen Ebene, um die es Putin vor allem ging, konnte er mit diesem Narrativ vom Zusammenprall unvereinbarer Werte politisch in gewisser Hinsicht sogar punkten. In der Provinz

gelang ihm dies aus verschiedenen Gründen nicht so gut. Dort hatte sich bereits bei den Duma-Wahlen gezeigt, dass zwischen dem hohen Ansehen des Präsidenten und dem seiner weitaus weniger beliebten lokalen Stellvertreter eine große Lücke klaffte, die schwer zu schließen war. Nachdem das Regime eine Weile unschlüssig zu sein schien, wie es sich verhalten sollte, und zwischen Repression und Zugeständnissen hin und her schwankte, kam es 2013 zu der Entscheidung, Nawalny als Kandidaten zur Wahl des Oberbürgermeisters von Moskau zuzulassen. Dieser kam auf 27 Prozent – bei einer Wahlbeteiligung von mickrigen 33 Prozent entsprach das weniger als einem Zehntel der Stimmen der wahlberechtigten Bevölkerung –, erklärte sich aber trotzdem zum moralischen Sieger, womit die vorhersehbare Wiederwahl des dem Kreml nahenstehenden Amtsinhabers aber nicht verhindert werden konnte. Mit Ausnahme der Hauptstadt waren regionale Identitäten in den unendlich wirkenden und kaum voneinander unterscheidbaren Weiten Russlands schon immer relativ schwach ausgeprägt, in der postsowjetischen Ära hatten nun auch noch die sozialen Fragmentierungen gewaltig zugenommen. Beides sind in der Regel Bedingungen, die zugunsten einer Zentralmacht wirken, die über das Instrument der Mittelverteilung und Investitionsentscheidungen Regionen und Kommunen relativ leicht gegeneinander ausspielen kann. So musste sich der russische Staat auch lange Zeit nicht wirklich um lokale Unzufriedenheiten und Beschwerden kümmern. Nun kam es jedoch zu ersten Unmutsbekundungen des Establishments in Kaliningrad und Jaroslawl, 2014 gewannen dann gar Außenseiter die Bür-

germeisterwahlen in Nowosibirsk und Jekaterinburg, der dritt- und viertgrößten Stadt des Landes. Es ließ sich regelrecht zuschauen, wie sich das System von den Rändern her aufzulösen begann.

Man könnte die politischen Lockerungen, die solchen Wahldebakeln aus Sicht der Herrschenden zugrunde liegen, auch als Zeichen einer allgemeinen Kurskorrektur verstehen. Sakwa etwa, der die damaligen Ereignisse genauer untersucht hat, kommt zu dem eher optimistischen Schluss: Da «die Essenz des Putinismus die konstante Absorption von Politik, Personal und Macht durch das Zentrum» sei, strebe Putin nun danach, «die Aufständischen in ein neu ausbalanciertes Machtssystem zu integrieren», dem Sakwa «Veränderungs- und Reformpotenzial» attestiert. Russlands weitere Entwicklung sei auf Rechtsstaatlichkeit, freie und faire Wahlen sowie das Prinzip starker Eigentumsrechte angewiesen, es müsse sich aber noch erweisen, «ob Russland die anstehenden Herausforderungen besser ohne Putin meistern könne oder doch besser mit einem gemäßigten Putin, im Zaum gehalten durch die Neubelebung der Institutionen des Rechtsstaates und den Druck einer erwachsen gewordenen und politisch erwachten Nation» (Sakwa 2014: 230 f.).

Grenzstreitigkeiten

Aber es stand eine noch schwierigere Prüfung bevor. Auf die ökonomische und politische Krise folgte eine diplomatische. Während sich der Tonfall von Putin und seiner Außenpolitik in seinen ersten beiden Amtszeiten als Präsident deutlich verändert hatte, blieb deren Stoßrichtung im Großen und Ganzen gleich. Die übergeordnete Zielsetzung war weiterhin die Aufrechterhaltung der Part-

nerschaft mit dem Westen. Das hieß: Russland verlangte Respekt und Anerkennung als größter Staat in Europa, als Verbündeter gegen den islamischen Terrorismus und bei der ISAF-Mission in Afghanistan, als Mitglied und Gastgeber des Clubs der G8-Staaten, als Mitglied des Nahostquartetts, als Staat mit freundschaftlichen Beziehungen zu Israel und last but not least als eine blühende Volkswirtschaft, die in die globalen Kapitalmärkte integriert ist. Reibungspunkte mit den USA und der EU waren der Streit über den ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen, der fortschreitende Ausbau von Radarsystemen in Zentraleuropa und die weitere Anwendung des Jackson-Vanik-Amendments. Aber ein kurzer Blick auf die Resolutionen des Sicherheitsrates in dieser Phase macht deutlich: Russland gab fast allen Wünschen des Westens nach. Die einzige Ausnahme war der Annan-Plan, der vorsah, die Republik Zypern im Zuge eines Deals mit der Türkei zu opfern, gegen den die russische Regierung nach einem Hilfsgesuch der Regierung in Nikosia ihr Veto einlegte.⁷ Alles in allem war Russland weitaus mehr als nur ein zuverlässiger Partner und ein kooperationsbereites Mitglied der internationalen Gemeinschaft. Es war der Träger einer «Zivilisierungsmission auf dem eurasischen Kontinent» (Putin 2005). Unter Medwedew beugte sich die russische Außenpolitik noch stärker dem Willen des Westens. Einer Forderung Washingtons nachkommend, stoppte Moskau die Auslieferung von S-300-Raketensystemen an Teheran, die von Israel oder der USA geführt

⁷ Das kam so selten vor, dass Richard Hannay, ehemaliger UN-Botschafter Großbritanniens und der eigentliche Kopf hinter dem Plan, darauf mit Unghaben reagierte und das Veto als schändlich bezeichnete (vgl. Anderson 2009: 383).

te Luftangriffe gegen das Land erschwert hätten. Es stimmte immer wieder für die von den USA geforderten UN-Sanktionen gegen den Iran, gab grünes Licht für die Bombardierungen Libyens durch den Westen und stellte mit Uljanowsk sogar einen zentralen Militärstützpunkt an der russischen Küste für NATO-Operationen in Afghanistan zur Verfügung.

Getrübt wurde das Streben nach guten Beziehungen mit dem Westen von Anfang an jedoch durch Russlands besonderes Interesse an den ehemaligen Sowjetstaaten im Süden des Landes, Interessen, die, so die Erwartung von Moskau, die europäischen und amerikanischen Partner einfach zu akzeptieren hatten, ohne sich weiter einzumischen. Für die russische Regierung waren dies Nachbarn, die aus ihrer spezifischen Perspektive zum «nahen Ausland» gehörten, also Gebiete, die früher einmal alle Teil des Zarenreiches gewesen waren. Die baltischen Staaten, die sich politisch gen Westen orientiert hatten und bereitwillig von der NATO und der EU aufgenommen worden waren, fielen nicht länger unter diese Rubrik. Aus praktischen Gründen, die anders gelagert waren, galt der Fokus auch weniger den zentralasiatischen Republiken. Selbst wenn die USA dort überall militärische Stützpunkte unterhielten, um den «Kampf gegen den Terrorismus» gemeinsam führen zu können, standen die dort an der Macht befindlichen Regierungen dem Kreml derart nahe, dass man sich keinerlei Sorge um freundschaftliche Beziehungen mit ihnen machen musste. Äußerst schwierig gestaltete sich dagegen von Anfang an das Verhältnis zu den ehemaligen Sowjetrepubliken in der Region, die sich von der westlichen Küste des kaspischen Meers bis hin zur unteren Donau erstreckt, wo-

zu der Südkaukasus, die Ukraine und Moldawien zählen. Die Probleme dort begannen zuerst in Georgien, dessen Territorium nahezu drei Viertel des direkt an Russland angrenzenden Kaukasus ausmacht. 1992 hatte das Schewardnadse-Regime Abchasien angegriffen, eine frühere Gründungsrepublik der UdSSR. (Im Jahr 1935 hatten Stalin und Beria das Land, dessen Bevölkerung mehrheitlich aus sunnitischen Tscherkessen besteht, nachträglich Georgien zugeschlagen. Beim Zusammenbruch der Sowjetunion hatte sich dieses dann von Georgien losgesagt.) Die abchasischen Truppen – denen sich freiwillige muslimische Kämpfer aus dem gesamten Nordkaukasus, darunter Shamil Basajew, der spätere Anführer des Tschetschenien-Aufstandes, angeschlossen hatten – leisteten erbitterten Widerstand gegen die georgische Invasionsarmee. Eduard Schewardnadse kam nur knapp mit dem Leben davon (vgl. Armstrong 2013: 15 ff.). Diesem ersten militärischen Konflikt folgte unter Jelzin 1996 der russische Angriff auf Tschetschenien. Drei Jahre später machte eine zweite russische Militärintervention unter Putin dem tschetschenischen Widerstand den vorläufigen Garaus und installierte das Regime von Ramsan Kadyrow in Grosny.

Ein Jahrzehnt später kann von Befriedung nicht die Rede sein: Praktisch der gesamte Nordkaukasus südlich der Region Stawropol ist Kriegszone. Von Daghestan bis Karatschai-Tscherkessien sind die russische Herrschaft und ihre lokalen Stellvertreter mit Aufständen – nun mehrheitlich unter dem Banner eines radikalisierten Islam – konfrontiert. In Tschetschenien, geplagt von Massenarbeitslosigkeit, großer Armut und sozialer Ungleichheit und einem brutalen

Warlord an der Spitze, wird inzwischen kaum mehr Russisch gesprochen, weil ein Großteil der russischen Bevölkerung aus dem Land geflohen ist. Während hier eine faktische Unabhängigkeit ohne formale Abspaltung erreicht werden konnte, werden überall sonst die jeweiligen Regierungen mithilfe von Moskaus Truppen und Geld an der Macht gehalten, wobei der Kreml sich nur selten ganz direkt in die innenpolitischen Angelegenheiten einmischt (vgl. Sagramoso/Yartykapov 2013: 76 ff. u. 256 ff.). Umfragen zufolge ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung Russlands inzwischen so von den Entwicklungen in diesen Ländern abgegesen, dass sie sich für eine klare Abspaltung ausspricht. Der Westen hat all die Jahre, von der Clinton- und Blair- bis zur Obama- und Merkel-Ära, hierzu offiziell geschwiegen – unabhängig davon, wie rigoros die russische Armee gegen Moskaus Feinde vorgegangen ist. Einen Schutz bot lange Zeit die noch unter Jelzins Regierung bestätigte Vereinbarung, wonach die Grenzen in dieser Region unantastbar sind.

Doch anderswo überschlugen sich die Ereignisse. Im Jahr 2003 kam es in Georgien nach einem weiteren öffentlich gewordenen Wahlbetrug zum Sturz von Schewardnadse, einst vom Westen geliebt und hofiert aufgrund seiner aktiven Rolle beim Sturz der Sowjetunion, zum damaligen Zeitpunkt aber bereits ein korumprierter, sturer und altersschwacher Despot. Das nachfolgende Regime unter der Führung von Micheil Saakaschwili, einem früheren Mitglied seiner Entourage, orientierte sich noch stärker am Westen. Saakaschwili selbst ist Anwalt und hat in New York studiert, sein damals wichtigster politischer Berater ist US-Amerikaner und stand auf der Gehaltslis-

te der United States Agency for International Development, sein maßgeblicher Lobbyist war ein Gehilfe von John McCain. So entwickelte Saakaschwili enge Verbindungen mit der Bush-Regierung, empfing in Tiflis militärische Ausbilder aus Washington, erhielt Rüstungsgeschenke und schickte dafür georgische Truppen zur Unterstützung der Besatzungsmächte in den Irak. In seiner Heimat unterdrückte er weiterhin die Opposition und fälschte Wahlen, so wie es seine Vorgänger auch gemacht hatten. Sein wichtigstes außenpolitisches Ziel war, wie bereits das von Schewardnadse, der Beitritt Georgiens zur NATO. 2008 befahl er – voller überbordendem Selbstbewusstsein angesichts seines großen Rückhalts im Westen – einen Angriff auf Südossetien, ein weiteres Gebiet, das im Zuge des Ersten Weltkriegs Georgien zugeschlagen worden war, im Zuge des Zusammenbruchs der UdSSR jedoch seine Unabhängigkeit erklärt hatte. Dies konterte Russland mit einem Gegenangriff durch den Roki-Tunnel, der Süd- mit Nordossetien verbindet, einem seiner Besitztümer auf der anderen Seite der Gebirgskette des Großen Kaukasus. Die georgischen Truppen wurden vernichtend geschlagen, sodass der Weg für die russische Armee nach Tiflis frei gewesen wäre. Nachdem Südossetien gesichert war, zog Moskau jedoch seine Soldaten zurück. Die Regierungen und die Medien im Westen verurteilten zunächst unisono den russischen Gegenschlag, um dann, nachdem die Ursachen des Konflikts deutlich geworden waren, schweigend zur Tagesordnung überzugehen (ohne jedoch ihre anfängliche Fehleinschätzung zuzugeben). Saakaschwili wurde vier Jahre später per Wahl aus dem Amt gejagt und kehrte daraufhin – noch wäh-

rend die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen diverser Strafanzeigen ermittelte – in die USA zurück.

Auf der russischen Seite waren es zwei große Bedürfnisse, die maßgeblich zu einer Eskalation des Konflikts beitrugen: erstens das Anliegen, nicht von der NATO von Süden her eingezingelt zu werden, mit Georgien als einem Sprungbrett des Westens, wie es sich diverse Machthaber in Tiflis vorgestellt hatten; zweitens der Wunsch, sich vor den anhaltenden bewaffneten Aufständen und Unruhen im Süden des Landes zu schützen. Im Westen dagegen gab es in Sicherheitskreisen unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich einer NATO-Ost-Erweiterung bis nach Georgien. Man verurteilte jedoch geschlossen den Druck, den Russland auf Georgien ausübte, und bestand auf der Unantastbarkeit von dessen Grenzen, ohne zu berücksichtigen, wie diese entstanden waren oder wie sich die Lage vor Ort verändert hatte. Für beide Seiten – um vieles mehr noch für den Westen als für Russland – galt jedoch, dass das Land und die Menschen, um die hier gestritten wurde, zweitrangig waren. Vor allem für die USA stand nicht wirklich viel auf dem Spiel. Als sich der Konflikt allerdings in die Ukraine verlagerte und hier die unterschiedlichen Perspektiven und Interessen erneut aufeinanderprallten, nahmen die Auseinandersetzungen eine wesentlich explosivere Form an.

Der Zerfall der Ukraine

Im Nachbarland Ukraine gab es im Gegensatz zu Georgien mit seiner iberisch-kaukasischen Sprache, seiner Mchedruli-Schrift und seinen mittelalterlichen Königreichen keine großen Differenzen kultureller Art oder historische Ereignisse, die es mit seiner slawischen Bevöl-

kerung von Russland getrennt hätten. Nicht zuletzt aufgrund ihrer Größe – die Bevölkerung und das Staatsgebiet in den ehemaligen Republikgrenzen des Sowjetreichs sind fast zehn Mal so groß wie die von Georgien – hat die Ukraine für Russland eine ganz andere Bedeutung. Zudem sind die ökonomischen und kulturellen Bande zu Russland schon immer viel enger gewesen. In der kollektiven politischen Erinnerung nimmt die Ukraine darüber hinaus eine besondere Stellung ein, und zwar als zentraler Kampfplatz des Großen Vaterländischen Krieges von 1941 bis 1945, wie die Russen bis heute den sowjetischen Krieg gegen Nazi-Deutschland nennen. Von der Ukraine aus hatte die Rote Armee ihre erste wichtige Offensive gegen die deutsche Wehrmacht gestartet. Als Jelzin in Russland an die Regierung kam und bald darauf die UdSSR zusammenbrach, nahm sich die lokale kommunistische Führung in der Ukraine ein Beispiel an anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Man sagte sich von der Partei los und nutzte die Gelegenheit, um selbst über einen unabhängigen Staat herrschen zu können. Der Westteil des Landes, das ehemalige Galizien, das Stalin erst 1945 von Polen annektiert hatte, war schon immer eine Hochburg des ukrainischen Nationalismus gewesen. Allerdings sprachen sich auch in einer landesweiten Volksabstimmung 1991 über 90 Prozent der Bevölkerung für die Unabhängigkeit aus.

Grundlage dieses erdrutschartigen Siegs der Separatisten war die Hoffnung, es würde den Menschen nach einer Abspaltung der Ukraine, die klimatisch bevorteilt ist und fruchtbarere Böden als Russland hat, dort materiell besser gehen als vorher. Wie wenig gefestigt die nationale Identität der Bevölkerung war, zeigte

sich jedoch, als die Unabhängigkeit der Ukraine nicht das gewünschte Ergebnis erbrachte. Die Wirtschaft kollabierte noch viel drastischer als die russische unter Jelzin (vgl. Wilson 1997: 168 ff.) Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in der Ukraine fiel zwischen 1990 und 2000 von 1.570 auf 635 US-Dollar. Viele Menschen vor allem in den besonders stark von der Krise betroffenen Industrieregionen zeigten sich bald reuig. Mitte der 1990er Jahre gaben 47 Prozent der Bevölkerung im Südosten des Landes an, sie hätten ihre Meinung geändert und würden nun gegen die Unabhängigkeit des Landes stimmen, nur 24 Prozent waren weiterhin dafür (Lieven 1999: 46). Im Laufe der Jahre ließ diese starke Skepsis wieder nach, die Bevölkerung begann, sich mit dem Status quo anzufreunden, auch wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin große Opfer verlangten. Zum Zeitpunkt der Abspaltung der Ukraine war der Lebensstandard in Russland doppelt so hoch wie im Nachbarland gewesen, heute ist er dort um ein Dreifaches höher. Selbst in Weißrussland geht es den Menschen materiell wesentlich besser als in der Ukraine.

Die Belastungen, unter denen das Land litt, verschlimmerten sich noch durch tief reichende kulturelle Spaltungen, die immer deutlicher zutage traten: Die Amtssprache war nun Ukrainisch, während die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin Russisch sprach. Im polnisch geprägten Westen hing viel einem rechtsgerichteten ukrainischen Nationalismus an, dessen umstrittene Helden Dmytro Donzow und Stepan Bandera sind, in den darbenenden Industrieregionen im Osten wünschte man sich dagegen die Sowjetunion zurück, während im Flachland der Dnjepr die Scheidelinie zwischen beiden

Lagern bildete. Von Beginn an war das politische System in der Ukraine offener als das in Russland. Das hatte mit den genannten Spaltungen zu tun, aber auch mit dem Umstand, dass dort das Amt des Präsidenten nicht mit solch einer Machtfülle ausgestattet ist und das Parlament über wirkliche legislative Kompetenzen verfügt und die Exekutive kontrollieren kann. Was die Ausplünderung öffentlichen Eigentums, Korruption und Auftragsmorde angeht, so nehmen sich die beiden Länder nicht viel. Doch weil der Zentralstaat in der Ukraine aufgrund seiner fehlenden historischen Verwurzelung wesentlich schwächer ist als der russische (er kann sich nicht auf das Zarenreich oder die Sowjetära berufen), fiel es rivalisierenden Oligarchen-Clans relativ leicht, sich Teile davon direkt anzueignen. Antoni Berezowski und Michail Chodorowski hingegen konnten niemals ernsthaft davon träumen, selbst die Macht im Kreml zu übernehmen. Zu den bereits genannten Problemen – miteinander konkurrierende Milliardäre, die das Land plünderten, kulturell und politisch auseinanderstrebende Regionen – kamen noch geopolitische Spannungen hinzu. Westlich des Dnjepr war man anfällig gegenüber den Verlockungen der EU, der Osten wurde dagegen von Russland hofiert. Brüssel und Washington zogen an einem Ende des Seils und wollten das Land Richtung Westen bewegen, Moskau zog am anderen Ende, um es auf seine Seite zu bringen. Im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit wechselten sich die gegensätzlichen politischen Lager – deren geografische Trennungslinie weiterhin der Fluss Dnjepr war und deren Unterstützung in der Bevölkerung, wie die Wahlergebnisse zeigten, sich in etwa die Waage hielten – an der Macht in Kiew ab.

Niederlagen und Auseinanderbrechen

Als 2004 die korrupte und brutale Herrschaft von Leonid Kutschma, der selbst nach lokalen Standards als besonderer Widerling galt, ihrem Ende zuing, standen zwei Kandidaten für das Präsidentenamt zur Auswahl: der damalige Ministerpräsident aus dem Osten, Viktor Janukowitsch, der in seiner Jugend wegen Körperverletzung verurteilt worden war und den Kutschma als seinen Nachfolger ausgewählt hatte; und Viktor Juschtschenko, früherer Präsident der Nationalbank und ebenfalls schon einmal Ministerpräsident der Ukraine, der ein Wahlbündnis mit Julija Tymoschenko (der extravagantesten Oligarchin des Landes) eingegangen war und unter anderem den Beitritt der Ukraine zur NATO forderte. Alarmiert von der Aussicht auf einen Sieg Juschtschenkos orderte Putin seine Polit-Technokraten nach Kiew, um dessen politischen Kontrahenten unter die Arme zu greifen. Er war sich auch nicht zu schade, selbst in den Wahlkampf mittels einer Flut von Medienauftritten und Interviews einzugreifen. Janukowitsch wurde nach einer zweiten Stichwahl zum Sieger erklärt. Ganz offensichtlich hatte das Kutschma-Regime dabei jedoch nachgeholfen. Dieser Wahlbetrug provozierte einen zivilen Aufstand in Kiew – die Orange Revolution. Die von ihr erzwungenen Neuwahlen gewann Juschtschenko daraufhin mit großem Vorsprung. Das war der schwerste Rückschlag für Putin in diesem Jahrzehnt: Er hatte damit nicht nur gegenüber dem Westen, der die Demonstrationen in Kiew großzügig unterstützte, eine Schlappe erlitten, sondern musste auch befürchten, dass die Ereignisse in Kiew den in den russischen Städten Protestie-

renden und Unzufriedenen im eigenen Land neuen Auftrieb verleihen würden. Aber die Schmach verblasste bald. Im Zuge eines undurchsichtigen Pakts zwischen den Oligarchen wurde die Gasversorgung der Ukraine, die kurzfristig von Russland aus eingestellt worden war, um das Nachbarland an seine ökonomische Abhängigkeit zu erinnern, wieder aufgenommen. Anhaltende Streitigkeiten zwischen den Anführern und Anführerinnen der Orangen Revolution und immer neue Skandale sorgten dafür, dass ihr Rückhalt in der Bevölkerung schlagartig zurückging. Fünf Jahre später gewann Janukowitsch, ohne dass das Ergebnis diesmal großartig manipuliert werden musste, die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Das Pendel in dem von Regionalismus gekennzeichneten Land hatte wieder in die andere Richtung ausgeschlagen.

Nach seiner Amtsübernahme lavierte Janukowitsch wie fast jeder andere ukrainische Amtsinhaber seit Kutschma zwischen Brüssel und Moskau hin und her und versuchte, mit beiden auszukommen und die besten Deals für sein Land auszuhandeln, ohne eine Seite allzu sehr zu verärgern. Nachdem 2009 das Bruttoinlandsprodukt infolge der globalen Finanzkrise um ganze 15 Prozent gefallen war, benötigte die ukrainische Wirtschaft dringend eine lebensrettende Infusion. Die EU bot der ukrainischen Regierung im Jahr 2012 ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen an, und der Internationale Währungsfond stellte einen 15-Milliarden-Dollar-Kredit zur Verfügung, mit den üblichen Spar- und Kürzungsaufgaben. Putin, der ein Zustandekommen des Abkommens zwischen der EU und der Ukraine unbedingt verhindern wollte, machte kurzfristig im November 2013 ein

besseres Angebot, das Janukowitsch im letzten Augenblick akzeptierte. In Kiew kam es in Reaktion auf das, was viele als Zurückweisung einer von Europa ausgestreckten Hand begriffen, zu einer Welle empörter, zu Beginn aber eher noch kleinerer Proteste. Mit den ersten Toten, die Scharfschützen der Aufstandsbekämpfungspolizei zu verantworten hatten, verwandelten sich diese jedoch schnell in einen Belagerungszustand im Zentrum der Hauptstadt, während auch in der Westukraine das Regime von Aufständischen angegriffen wurde. Panisch floh Janukowitsch außer Landes und fiel kurz darauf der Vergessenheit anheim. Die USA standen parat, als es darum ging, ein Ersatzregime aus der politischen Opposition im Parlament zu etablieren und die Demonstrationen auf den Straßen in eine bestimmte Richtung zu lenken. Für Washington war die Ukraine immer schon mehr als nur ein wichtiger Punkt auf der politischen Landkarte gewesen: Unter der Clinton-Regierung gehörte sie zusammen mit Israel und Ägypten zu den drei Ländern in der Welt, die am meisten Auslandshilfe erhielten. Unter Bush stellte die Ukraine das viertgrößte Truppenkontingent zur Unterstützung der US-amerikanischen Besatzung des Irak bereit (vgl. Wilson 2002: 291 u. Wilson 2005: 95).

Für Putin war der Ausgang des Konflikts eine zweifache schmerzhaftes Niederlage. Der Aufstand in Kiew hatte lautstark und in aller Klarheit die Ablehnung des russischen Systems zum Ausdruck gebracht. Was jedoch noch schlimmer war: Zum ersten Mal war die Ukraine zum unmittelbaren Einflussgebiet der US-amerikanischen Diplomatie und Geheimdienste geworden – ein Zustand, den ein ehemaliger UN-Botschafter der USA ein-

mal zynisch als «ständige Aufsicht durch Erwachsene» beschrieben hat. Flankiert wurde das Ganze noch vom wachsenden Einfluss der EU. Damit war genau das eingetreten, was Russland immer hatte verhindern wollen. Putin rächte sich für diese Demütigung, so gut es eben ging, 2014 mit der Annektierung der Krim. Auf der Halbinsel, die Chruschtschow 1954 der Ukraine zugeschlagen hatte (natürlich ohne die Bewohner vorher zu fragen), sprachen gut zwei Drittel der Bevölkerung Russisch. Die Zugehörigkeit zur Ukraine hatte zu Sowjetzeiten jedoch kaum materielle Veränderungen mit sich gebracht. Unter Gorbatschow war es zu einer Volksabstimmung gekommen, in der sich die Mehrheit für einen autonomen Status der Krimrepublik ausgesprochen hatte. Das Ergebnis wurde ein Jahr später von Kiew akzeptiert. Dessen erster demokratisch gewählter Präsident, der für einen Unionsvertrag mit Russland eintrat, setzte dann aber ein zweites Referendum an, woraufhin Kutschma die Halbinsel unter seinen direkten Befehl stellte, um dort eine ihm genehme Regierung zu installieren.

In den 1990er Jahren fiel der wirtschaftliche Niedergang auf der Krim infolge ausbleibender Investitionen noch dramatischer aus als anderswo in der Ukraine. Zum Ende des Jahrhunderts hatten die dortigen Anhänger einer Wiedervereinigung mit Russland aufgrund schlechter Erfolgsaussichten ihre Mobilisierung mehr oder minder eingestellt. Abgesehen von der ukrainischen Minderheit gab es jedoch auch kaum eine emotionale Verbundenheit mit Kiew. Die Akzeptanz des ukrainischen Regimes war nicht gleichzusetzen mit einer aktiven Befürwortung. Es gab zu vieles, was dies verhinderte. Die Krim war seit Mitte des

18. Jahrhunderts nicht nur russisches Staatsgebiet gewesen, sondern bildete auch eine lieu de mémoire von besonderer Intensität: Sie ist Schauplatz berühmter Romane von Puschkin, Tolstoi, Tschew und Nabokov. Die größte Stadt der Halbinsel, Sewastopol, war im Krimkrieg und später dann im Zweiten Weltkrieg über viele lange Monate belagert worden. Dabei starben mehr als 1,2 Millionen Menschen, was die Verluste der USA in beiden Weltkriegen übertrifft (Liven 1999: 127). Die Entscheidung von Chruschtschow in den 1950er Jahren, die Krim der Ukraine zuzuschlagen, war eher willkürlich gefallen und nur symbolisch vollzogen worden. Die Ereignisse von 1992 gerieten dann zu einer grundlegenden Abspaltung von der eigenen Vergangenheit – vor allem auch deswegen, weil Jelzin sich darauf versteift zu haben schien, die UdSSR in Höchstgeschwindigkeit zu demontieren, um seine eigene Macht in der Russischen Föderation zu konsolidieren. Außerdem scheute er sich vor der Konfrontation mit Leonid Krawtschuk, dem damaligen KP-Parteichef in der Ukraine und einem Verbündeten bei diesem Vorhaben. Das waren in etwa die politischen Hintergründe für die Abtretung der Krim an Kiew.

Nachdem Jelzin die Krim abgeschrieben hatte, ließen die dortigen Bestrebungen zur Wiedervereinigung mit Russland also deutlich nach. Das hatte aber nicht nur mit den entmutigenden Signalen aus Moskau zu tun (die in gewisser Weise diejenigen auf der Krim bloßstellten, die zuvor so vehement dafür eingetreten waren), sondern auch mit dem Umstand, dass Jelzin damals gerade mit den Vorbereitungen für den Angriff auf Tschetschenien beschäftigt war. Dieser erfolgte im Namen der territorialen Einheit Russ-

lands. Von daher war dies kein wirklich guter Zeitpunkt, um vonseiten Moskaus die Ansprüche der Ukraine auf die Krim infrage zu stellen. Der russische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1998: 81) hielt damals verbittert fest: **«Ohne den blutigen Krieg in Tschetschenien hätte Moskau vielleicht den Mut und die nötige Entschlossenheit aufgebracht, die rechtmäßigen Ansprüche der Krimbewohner auf Unabhängigkeit zu unterstützen, insbesondere in den Jahren der akuten Krise auf der Halbinsel (als 80 Prozent ihrer Bevölkerung für eine Autonomie votierten). Stattdessen wurden wegen Tschetschenien die Hoffnungen der Menschen auf der Krim zu nichte gemacht und verraten.»**

Zwanzig Jahre später, also kurz bevor sich die Lage Ende 2013 zuspitzen sollte, gab es auf der Halbinsel also kaum öffentliche Stimmen, die sich für eine Wiederangliederung an Russland ausgesprochen hätten. Ähnlich wie überall in der ehemaligen Sowjetunion schien die Bevölkerung weitgehend entpolitisiert und passiv. Auf der Krim mischte sich in diese depressive Grundstimmung noch ein gewisser Unmut gegen die sich gegenseitig bekämpfenden ukrainischen Oligarchen, von denen sich die Menschen nicht wirklich ernst genommen fühlten und von denen keiner aus der Region stammte oder jemals besonderes Interesse an ihr geäußert hatte.

Nach dem Verschwinden von Janukowitsch – der auf der Krim noch drei Jahre zuvor bei Wahlen 78 Prozent der Stimmen erhalten hatte – kam es bald zu Turbulenzen. Im März 2014 wurde in dem mehr oder minder von prorussischen Aufständischen belagerten Parlament eine Resolution durchgepeitscht, die eine Rückkehr zu Russland proklamierte.

Innerhalb von wenigen Tagen übernahmen russische Truppen, von denen viele bereits in der Nähe stationiert waren, die Kontrolle auf der Halbinsel. Die ukrainischen Verteidigungstruppen leisteten keinerlei Widerstand. Mit einer Volksabstimmung, an der sich angeblich 83 Prozent der Abstimmungsberechtigten beteiligten und 95 Prozent für eine Wiedervereinigung mit Russland votierten, versuchte man das Bild zu vermitteln, die gesamte Bevölkerung der Krim stünde geschlossen hinter den Entwicklungen – realistisch geschätzt waren es eher zwei Drittel. Zwei Monate später begab sich Putin persönlich auf die Krim, um dort die Heimkehr der Halbinsel in den Schoß des Mutterlands zu feiern. Der Aufschrei im Westen war groß und einhellig. Man war sich einig, dass diese Annektierung eine beispiellose Verletzung des Völkerrechts darstellte und Europas Ordnung völlig durcheinanderbrachte, so als befände man sich wieder im 19. Jahrhundert oder in einem Zeitalter moderner Diktaturen. Diese Annexion würde niemals gebilligt werden. Ähnlich einhellig fiel die Begeisterung in Russland aus: Aus patriotischer Sicht war die Krim ein Symbol der Nation, gehörte schon immer zu Russland und war deswegen rechtmäßig wieder in den heimatlichen Hafen zurückgekehrt. Putins Popularitätswerte, die im Dezember 2013 auf einen Tiefpunkt gesunken waren (immerhin lagen sie da noch bei 61 Prozent), kletterten in diesem Frühling auf 83 Prozent.

Strategisch war die Operation auf der Krim sehr erfolgreich verlaufen, ein klarer Schnitt ohne Blutvergießen, dafür unter Beifall eines Großteils der lokalen Bevölkerung. Die ideologischen Folgewirkungen waren dagegen nur schwer einzuhegen. In der russischsprachigen

Ostukraine, die erst zu Sowjetzeiten dem Land zugeschlagen worden war, gaben die Ereignisse prorussischen Separatisten Auftrieb, die durch reißerische Hetzreden im russischen Fernsehen gegen die neuen Herrscher in Kiew, die man als faschistische Junta beschimpfte, noch weiter angeheizt wurden. Die Aufständischen standen nicht unter der direkten Kontrolle von Moskau, der Kreml hat sich aber auch nie von ihnen distanziert. Im April 2014 war ein Großteil der Region von Donezk bis Luhansk von bewaffneten und uniformierten Milizen besetzt, wobei diese Unterstützung von der örtlichen Polizei erhielten. Im Mai wurden dort überhastet regionale Referenden angesetzt, um die lokale Bevölkerung über die Wiedervereinigung mit Russland abstimmen zu lassen (was Moskau jedoch ignorierte). Zeitgleich stand der Rest der Ukraine im Zeichen des Wahlkampfes um die Nachfolge des geflohenen Präsidenten Janukowitsch. Den Sieg trug bereits im ersten Wahlgang ein weiterer Oligarch davon: der Milliardär und Schokoladenbaron Petro Poroschenko, mit dem sich beide Vorgängerregime, das von Juschtschenko und von Janukowitsch, bereits geschmückt und herausragend verstanden hatten.⁸

Unmittelbar nach dem Amtsantritt von Poroschenko startete das ukrainische Militär eine Offensive gegen die sogenannten Donbass-Rebellen, die man, im Wesentlichen der Unterstützung des Westens wegen, als Terroristen abstempelte. Armee und Paramilitärs, denen Berater der US Army und von westlichen Geheimdiensten mit Rat und Tat

⁸ Poroschenko war unter Juschtschenko Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates und Außenminister gewesen und unter Janukowitsch Wirtschaftsminister. Vgl. Matuszak (2012) zu seiner politischen Laufbahn und zu seinem Geschäftsimperium.

zur Seite standen, gingen mit schwerer Artillerie gegen die Freischärler vor, die wiederum tatkräftige Unterstützung aus Russland in Form von Waffen und Soldaten erhielten. Das Ergebnis war eine Art Pattsituation. Doch bevor dieser Bürgerkrieg eingedämmt oder gar beendet werden konnte, war eine aus Russland stammende Rakete in die Hände der Abtrünnigen gelangt. Diese schossen damit ein über das Kampfgebiet fliegendes ziviles Passagierflugzeug ab. Obama verurteilte diese «unvorstellbare Schandtat» aufs Schärfste und rief den Westen zum gemeinsamen Handeln gegen Russland auf. Mit verschärften Wirtschaftssanktionen sollte dessen Finanz- und Verteidigungssektor getroffen und geschwächt werden. Unvorstellbar, aber wahr ist: 1988 war es zu einem ähnlich dramatischen Irrtum gekommen. Damals hatte ein US-amerikanisches Kriegsschiff eine zivile Linienmaschine vom Himmel geholt. Es starben dabei fast genauso viele Menschen, aber niemand hat sich jemals dafür bei den Angehörigen der Opfer entschuldigt. Der Grund: Die Airline war iranisch. Der Kapitän des Kriegsschiffs Vincennes, so hieß es damals, habe in gutem Glauben gehandelt. Also warum sollte sich irgendjemand in der «internationalen Gemeinschaft» daran erinnern, geschweige denn, den Vorfall erwähnen? Auch die Annexion der Krim ist alles andere als beispiellos: Was ist mit der Eroberung von Ostjerusalem, mit der Besetzung des Nordens von Zypern, der Westsahara oder Osttimor? Der Unterschied besteht darin, dass all die Regierungen, die für diese völkerrechtswidrigen Aktionen die Verantwortung tragen, mit Washington befreundet waren (vgl. Watkins 2014: 5 ff.). Daher spielt es auch kaum eine Rolle, dass in all diesen Fällen

das Selbstbestimmungsrecht der dort lebenden Menschen in Blut ertränkt wurde, während diesmal kein Mensch zu Schaden gekommen war und sich die Mehrheit für einen Anschluss an Russland aussprach. Aber es ist wohl kaum zu erwarten, dass das Land, das über das Völkerrecht wacht, selbst einmal dazu gezwungen sein wird, sich diesem zu unterwerfen.

Fehleinschätzungen

Die Situation in der Ukraine mit ihren schwachen staatlichen Strukturen, ihrem ausgeprägten Regionalismus und riesigen Staatsgebiet zeichnete sich durch ein erhebliches Machtvakuum aus. Sie bot sich fast schon an für gezielte Interventionen von außen und für einen Stellvertreterkrieg zwischen miteinander konkurrierenden Großmächten. Für Russland bedeutete die Ukraine aus historischen und strategischen Gründen aber sehr viel mehr als für den Westen. Trotzdem erwies sich dieser im Kampf um die ideologische und politische Vorherrschaft Russlands gegenüber als überlegen. Die Expansion der EU und der NATO, die es seit Ende des Kalten Krieges auf eine Inkorporation der Ukraine abgesehen hatten und damit die von Russland befürchtete Umzingelung Russlands von Süden aus fortsetzten, musste fast schon zwangsläufig zu einem Abwehrreflex von Moskau führen. Weniger vorhersehbar war, wie ungeschickt und inkonsequent die Reaktion von Putin ausfallen würde. Dies hatte mit zwei grundsätzlichen Fehleinschätzungen, eine in Bezug auf die lokalen und die andere in Bezug auf globale Entwicklungen, zu tun. Zunächst einmal hatte der Kreml das Ausmaß des ukrainischen Nationalgefühls unterschätzt. Die russischen Eliten verfolgten voller Ver-

achtung, wie sich die Oligarchen in Kiew zerstritten und die regionalen Antagonismen das Land immer mehr spalteten. Sie begriffen jedoch nicht, was sich spätestens seit der Entkolonisierung etwa der afrikanischen Länder herausgestellt hat: Staatliche Unabhängigkeit fördert die nationale Identität, ganz gleich, wie ungünstig die Ausgangsbedingungen oder wie instabil die staatlichen Strukturen sind. Moskaus Profilierungsgehebe und dessen Einschüchterungsversuche haben das Nationalgefühl in der Ukraine eher verstärkt, anstatt es zu unterbinden. Danach hat das gleichzeitige Schüren und Verleugnen des Irredentismus im Donezbecken das Land in eine Richtung getrieben, die Russland ganz und gar missfallen musste.

Die erste Fehleinschätzung in Bezug auf die Ukraine basierte auf Zynismus, der zweiten lag eine gewisse Naivität zugrunde. Putins Überzeugung, er könne einen russischen Kapitalismus aufbauen, der strukturell mit dem des Westens verwoben ist, aber unabhängig von diesem funktioniert – wie ein Raubtier unter Raubtieren und zugleich ein Raubtier, das den anderen zu trotzen in der Lage ist –, war immer schon ein gewisser Selbstbetrug. Indem sich Russland, wie von den neoliberalen Ökonomen in Putins Beraterstab empfohlen, den Regeln des westlichen Kapitalmarkts unterworfen hat, mit der Absicht, sich diesen zunutze zu machen und sich hier gegen andere zu behaupten, machte es sich zum Gefangenen eines anderen Systems, das um ein Vielfaches mächtiger ist als das eigene. Man hatte die Folgen unterschätzt, sollte es irgendwann einmal zu Zahlungsschwierigkeiten kommen. Wie verwundbar die russische Wirtschaft durch die große Abhängigkeit von westlichen Krediten ist und welche

politischen Implikationen damit verbunden sind, hatte in aller Deutlichkeit zum ersten Mal der Börsencrash an der Wall Street in den Jahren 2008/09 gezeigt. Als Russland ein Leistungsbilanzdefizit drohte, verbanden damit manche im Land auch Hoffnungen. «Ausländische Investoren werden in Zukunft dabei ein Wörtchen mitzureden haben, wie die Dinge in Russland laufen.» Das sei ein ermutigendes Signal, so könne der Druck auf Putin, Privatisierungen voranzutreiben, erhöht werden, freute sich damals ein Moskauer Banker (Clover 2012). Das waren die objektiven wirtschaftlichen Verwicklungen und Abhängigkeiten, noch bevor der Maidan alles durcheinanderbrachte. Als sich die Ukrainekrise zu einer geopolitischen Konfrontation auswuchs, war klar, dass der Westen über Mittel verfügte, mit denen er Russland ins Chaos stürzen konnte. Die verhängten Sanktionen, die sich zunächst nur gegen Einzelpersonen richteten, wurden massiv ausgeweitet und fügten 2014 dem gesamten russischen Finanzsektor erheblichen Schaden zu.

Kurz darauf, im Herbst 2014, folgte mit dem Absturz der Ölpreise die für das russische Regime vermutlich bis dato schwerste Krise. Hatte der Preis im ersten Halbjahr noch bei 109 US-Dollar pro Barrel gelegen, fiel er bis zum Ende des Jahres auf 50 US-Dollar, was eine Währungs- und Kapitalflucht auslöste und die Zinsbelastungen in den Himmel schießen ließ. Auch wenn Russland immer noch einen Leistungsbilanzüberschuss verzeichnen kann, sind nun die Unternehmensschulden größer als die Reserven. Und das mitten in einer Rezession. Das russische Bruttoinlandsprodukt sank im Jahr 2015 um 5 Prozent. Da der Staat über die Hälfte seiner Einkünfte aus dem Energiesektor bezieht, ist Pu-

tin kaum mehr dazu in der Lage, sich die politische Unterstützung in der Bevölkerung über materielle Zugeständnisse zu sichern. Ob und inwieweit die Entscheidung der Saudis, den Ölpreis derart drastisch in den Keller sausen zu lassen, mit Washington abgesprochen war (wie damals zu Reagans Zeiten), um den Druck auf Moskau zu erhöhen, bleibt unklar. Vielleicht gibt es hier gar keinen unmittelbaren Zusammenhang. Sie muss den Putin-Kontrahenten jedenfalls wie ein Geschenk des Himmels vorgekommen sein, weil sie viel wirkmächtiger ist als alle Sanktionen zusammen genommen. Das heißt jedoch nicht, dass sich damit das Waffenarsenal des Westens bereits erschöpft hätte. So hat man mit dem

Ausschluss des Iran aus dem SWIFT-System des internationalen Bankenzahlungsverkehrs dem Land wirtschaftlich erheblich geschadet. Ein solcher Ausschluss Russlands, da ist sich ein Finanzexperte sicher, würde «in kürzester Zeit für großes Chaos in Moskau sorgen» (Rachman 2014). Noch gibt es keine Hinweise darauf, dass dies geplant ist. Allerdings laufen die bereits beschlossenen Sanktionen darauf hinaus, Russlands staatliche Banken von den globalen Kapitalmärkten auszuschließen: «Da der US-Dollar und der Euro die beiden wichtigsten Geschäftswährungen sind, kann der Westen quasi per Knopfdruck Russland in massive finanzielle Probleme stürzen» (Münchau 2014).

II. RESSOURCEN?

Mit dem Ukrainekonflikt kehrte in ideologischer und atmosphärischer Hinsicht in gewisser Weise der Kalte Krieg zurück. Wenn es nur um die innenpolitischen Verhältnisse in Russland gegangen wäre, hätte aus Sicht des Westens alles weiter nach Plan verlaufen können: Man hätte die Regierung hin und wieder an die Einhaltung der Grundprinzipien des «Standardpakets» erinnert, Kurskorrekturen in die eine oder andere Richtung angemahnt, aber ansonsten eine langfristige Perspektive eingenommen und erst einmal abgewartet. Die Nichtbeachtung der westlichen Spielregeln auf dem Terrain der internationalen Beziehungen war jedoch eine viel ernstere Angelegenheit. Hier war die internationale Gemeinschaft zu keinerlei Konzessionen bereit. Die Annektierung der Krim strapazierte selbst die Toleranz der eifrigsten Anhänger des Putin-Regimes. Daniel Treisman (2014) etwa warf Putin vor, er habe die bislang gefährlichste Krise für Europa in diesem Jahrhundert ausgelöst und sich damit von «der Strategie verabschiedet, die in den letzten 14 Jahren seiner politischen Vorherrschaft zugrunde gelegen» hätte. Diese basierte, so Treisman, auf einem verbesserten Lebensstandard der Bevölkerung, ermöglicht durch den unerwarteten Anstieg der Energiepreise, aber auch auf «freundschaftlichen Beziehungen zu westlichen Wirtschafts- und Geschäftskreisen» sowie dem Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) und zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Ein Rückgang der Wachstumsraten habe ab 2009 eine Defizitfinanzierung des staatlichen Haushalts unumgänglich gemacht, um damit die Verbraucher vor

den Auswirkungen der Krise zu schützen. Mit seinem rücksichtslosen Krimabenteuer aber, so der US-amerikanische Politikwissenschaftler weiter, habe Putin die internationale Gemeinschaft vor den Kopf gestoßen und riskiere ein außenpolitisches Debakel: «Er hat seinen Thron für ein Vorhaben aufs Spiel gesetzt, das zum Scheitern verurteilt ist.» Dass sich die internetaffinen und westlich orientierten Mittelschichten vom Putin-Regime abwendeten, konnte als eine ernsthafte Warnung verstanden werden, aber viel wichtiger war es, dass man sich um die Massen kümmerte und diese auf seiner Seite hatte. Sich mit den Bankern und wichtigen Unternehmern, von denen der wirtschaftliche Zusammenhalt des Landes abhing, anzulegen, war dagegen keine wirklich gute Idee. Das System war auf ihre Unterstützung angewiesen. Die Wirtschaftseliten konnten sich nicht einfach zurücklehnen und gelassen abwarten, bis der Westen seine Sanktionen zurückzog. Ihr Schicksal hing derart eng von guten Verbindungen zum Westen ab, dass jegliche Erschütterung dieser Beziehungen eine existenzielle Bedrohung für sie bedeutete. Putin konnte es sich nicht erlauben, diese Eliten dauerhaft gegen seine Regierung aufzubringen. Damit hat sich Putin in eine Zwickmühle befördert, aus der es keinen einfachen Ausweg gibt. Denn mit der Wiederaneignung der Krim, dem Bürgerkrieg im Donbass und seiner erfolgreichen Wahlkampfkampagne hat er ideologisch etwas in Gang gesetzt, das ihm mehr und mehr aus dem Ruder läuft. Zwar war es ihm mit der Mobilisierung nationalistischer Gefühle gelungen, 2012 seine dritte Amtszeit als Präsident zu sichern.

Mit seiner Konfrontationshaltung gegenüber dem Westen hat er den Nationalismus im Land aber derart geschürt, dass es ihm nun schwerfallen dürfte, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, um die wirtschaftsschädigenden Sanktionen abzuwehren. Alles in dieser Richtung würde als Einknicken interpretiert. Die sich dem Putin-Regime auf den ersten Blick bietenden Handlungsoptionen sind nicht wirklich attraktiv. Um eine längere Wirtschaftsblockade einigermaßen zu überstehen – selbst wenn diese gemäßigt ausfallen sollte als die gegenüber dem Iran –, müsste sich das Land stärker in Richtung Selbstversorgung bewegen und damit zu einer Art Planwirtschaft sowjetischer Prägung zurückkehren. Um eine Einigung mit der Führung der USA und der EU in Bezug auf die Ukraine zu erzielen, wäre Russland wohl gezwungen, seine Ansprüche auf die Krim aufzugeben und einem modernen Friedensvertrag à la Brest-Litowsk zuzustimmen. Rückschritt oder Demütigung, das scheinen die Alternativen für das System zu sein, das Putin seit Beginn der 2000er Jahre aufgebaut hat. Seine Regierung wird auf jeden Fall versuchen, diese zu umgehen. Ein denkbarer Weg sind geheime Absprachen mit dem Westen, bei denen man sich im Gegenzug für die weitere Kooperation Putins in Sachen Iran oder bei der Aufstandsbekämpfung in Afghanistan auf eine Abmilderung der Sanktionen einigt, während man sich bemüht, die eigene Bevölkerung mit Drohgebärden gegen Westen und der Beschwörung nationaler Größe weiterhin bei der Stange zu halten. Inwieweit die Menschen in Russland Putin einen solchen Kurs abkaufen und ihn nicht weiter infrage stellen werden, bleibt abzuwarten. In der Politik als auch im Krieg ist Bluffen

eine erprobte Strategie, doch meistens funktioniert sie nur für kurze Zeit.

Neo-Pietismus

Im Falle des postkommunistischen Russland hängt die Antwort auf die Frage, wie lange so ein Bluff wohl funktionieren kann, nicht zuletzt von der Stärke des Nationalismus und seiner tatsächlichen Verankerung in der Gesellschaft ab. So gibt es derzeit in Russland kaum ein kulturelles Milieu, in dem nicht der Vergangenheit nachgetrauert wird. In dieser weit verbreiteten Nostalgie kommt der orthodoxen Kirche eine besondere Bedeutung zu, weil sie die einzige Institution des Landes ist, die seit dem Zarenreich existiert und – ganz gleich, mit welchen fragwürdigen Mitteln – alle politischen Regime überlebt hat. So wurde unter Jelzin der orthodoxen Kirche ein Großteil ihres Besitzes, über den sie vor der Oktoberrevolution verfügte, rückübertragen, womit sie wieder eine reiche und einflussreiche Institution ist. Sie besitzt um die 800 Klöster, sechs Radiostationen, zwei Fernsehsender und verfügt über ständige Präsenz bei allen relevanten Staatsanlässen. Putin, der sich gern mit einem Aluminiumkreuz vor seiner Brust abbilden lässt, bezeichnet sich selbst als frommen Christen und brüstet sich damit, die orthodoxen Kirchen in der Diaspora und in der Heimat, die sich im Kalten Krieg voneinander entfremdet hatten, wieder zusammengeführt zu haben. Bei seinen Auslandsreisen wird er regelmäßig vom Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche begleitet. Offiziell ist Russland eine multiethnische, wenn auch ausdrücklich keine multikulturelle Gesellschaft mit einer klaren Trennung zwischen Kirche und Staat. Laut Verfassung darf keine Religion – genannt werden neben dem rus-

sich-orthodoxen Christentum explizit noch der Islam, der Buddhismus und der Judaismus – bevorzugt behandelt werden. In der Realität ist es aber so, dass lokale Behörden in Moskau schon einmal ein Plakat verboten haben, auf dem genau diese Klausel der Verfassung abgedruckt war, mit der Begründung, es handele sich dabei um eine Provokation. Der ideologische Nexus zwischen Land, Staat und Religion ist: Es gibt nur einen wahren Glauben. Für Putin hat das orthodoxe Christentum für Russland die Funktion einer «staatsbildenden Tradition». Für den Patriarchen Alexei II. steht fest, «dass das Land nur auf der Grundlage des orthodoxen Glaubens zu seinem alten Glanz zurückfinden kann». In der Nationalhymne, deren Text im Jahr 2000 umgeschrieben wurde, findet sich seitdem eine Formulierung, die der orthodoxen Liturgie entliehen ist: Russland als «das von Gott beschützte Heimatland».⁹ Die Auswirkungen dieses Kirchenrevivals auf Gesellschaft und Kultur des Landes sind noch nicht wirklich in Gänze abzusehen, aber sie sind zweifelsohne nicht als marginal abzutun. Der Autor des russischen Bestsellers von 2012, Tichon Schewkunow, ist ein enger Vertrauter Putins und Produzent einer beliebten Fernsehserie, die den Niedergang von Byzanz unter der moralischen Dekadenz des Westens nachzeichnet. Zugleich ist er Archimandrit, Vorsteher eines russisch-orthodoxen Klosters. Sein Buch «Nicht heilige Heilige und andere Geschichten» verkaufte sich in einem Jahr über eine Million Mal. Nicht jeder war von dem Werk hingerissen, und zur Empörung seiner vielen Bewunderer gewann es nicht gleich den Booker-Preis des Landes. Aber innerhalb der Intelligenzija ist Religion in der einen oder anderen Wei-

se und nicht immer auf höherem Niveau allgemein en vogue. Im russischen Kino finden sich einige erstaunliche Beispiele für diese neue Mischung aus Retronationalisierung und Neo-Pietismus im Dienste des Regimes. Betrachten wir zunächst die Kassenschlager: Nikita Michalkow, der Steven Spielberg des Landes, orientiert sich mit seinen kommerziellen Spektakeln an den Ansprüchen des Massenpublikums. Einst eine Karyatide des sowjetischen Kulturestablishments, verkündete er unmittelbar nach dem Zusammenbruch der UdSSR seine Konvertierung zum Christentum und sicherte sich öffentliche Fördergelder, um seinen patriotischen Blockbuster «Der Barbier von Sibirien» zu produzieren, in dem er selbst einen imposanten Alexander III. spielt. Es folgten rührselige Erzählungen über die Generäle der Weißen Armee während des Bürgerkriegs und 2005 ein unterwürfiges Filmporträt von Putin zu dessen 55. Geburtstag, in dem dieser als moderner politischer Heilsbringer dargestellt wird (vgl. Norris 2010; Goscilo 2010).

Am anderen Ende des cineastischen Spektrums, dort, wo man sich wenig um den allgemeinen Publikumsgeschmack oder dessen Ansichten schert, vermerkt das Werk von Alexander Sokurov – allgemein geschätzt als einer der bedeutendsten Regisseure Russlands – Nekrophilie und Mystizismus mit Verstößen gegen die Political Correctness dieser Tage. Teil seines umfangreichen Filmschaffens sind eine dokumentarische Huldigung an Boris Jelzin, zwei gespenstische Bestiarien zu Hitler und Lenin und ein leuch-

⁹ Vgl. hierzu die hervorragende Studie von Geraldine Fagan (2013), in der sie feststellt: «In dieser schnelllebigen Welt post-sowjetischer Politik, in der Legitimation (oder das, was dafür gehalten wird) alles ist, vermag die Kirche, den herrschenden Eliten die Absolution zu erteilen.»

tendes Porträt des japanischen Kaisers Hirohito, der von ihm als besonnener und würdevoller Herrscher charakterisiert wird, der am Ende seinen Palast verlässt und sich sogar den väterlichen Respekt von US-General MacArthur verdient (Sokurow erklärte, dass Japan im Zweiten Weltkrieg gar nichts anderes übrig geblieben sei, als China zu besetzen). Daraufhin nahm er sich die Berühmtheiten aus der zaristischen Vergangenheit vor mit einem Film, der die Botschaft hinterließ: Die einzige Möglichkeit zur Rettung der europäischen Kultur sei die Arche Noah des russischen Mutterlandes. Gekrönt wurde dieser patriotische Kitsch noch durch seinen sentimental Spiel-film «Alexandra» mit der früheren Diva Galina Vishnevskaya in der Hauptrolle, die der Regisseur nur liebevoll Tsarina nennt. In dem Werk, das als Rechtfertigung des Tschetschenien-Kriegs verstanden werden kann, lässt Sokurow die Heldin, eine russische Großmutter, ihrem in Tschetschenien lebenden Enkel sagen: «Du solltest Gott um Klugheit bitten», anstatt von Unabhängigkeit zu fahseln. Diese chauvinistische Parabel bescherte Sokurow eine Audienz bei Putin und großzügige staatliche Unterstützung für sein nächstes Projekt: eine phantasmagorische Verfilmung von Goethes Faust (vgl. Szaniawski 2014).

Glücklicherweise ist die Tendenz zur Anpassung an die Macht unter jüngeren Regisseuren weniger ausgeprägt. Doch selbst ein so unabhängiger Auteur wie Andrei Swjaginzew, der mit seinem Film «Die Rückkehr» seinen internationalen Durchbruch erzielte und kein Anhänger des Putin-Regimes ist, hielt es für notwendig, sich zum christlichen Glauben zu bekennen. Sein jüngster Film «Leviathan», in dem er die Korruptiertheit von

Kirche und Staat in Russland anklagt, greift auf die biblische Mottenkiste zurück und kommt als eine Art Hiobsmärchen daher. Es gibt nur wenige Tiefen, die das zeitgenössische russische Kino ausgelassen hat. Besondere Hits in dieser Hinsicht sind: «Die Insel», die Geschichte eines reumütigen Mönchs, der, nachdem er auf Befehl der Nazis während des Kriegs einen tödlichen Verrat begangen hat, so heilig wird, dass selbst die Natur in seiner Gegenwart erschrickt und ihre eigenen Gesetze vergisst. «Der Admiral» ist eine Schmonzette sondergleichen, in der der von den Bolschewisten getötete Weißgardist Alexander Koltschak als zärtlicher Liebhaber dargestellt wird, dessen Leichnam am Ende kreuzförmig im sibirischen Eis versinkt. In «Das Wunder» von Yuri Arabow, dem Drehbuchautor von Sokurow, wird die «wahre Geschichte» einer jungen Frau erzählt, die alle Heiligenfiguren ihrer Mutter wegwirft bis auf die Ikone vom Heiligen Nikolaus. Als sie diese zu einer verruchten Party mitnimmt und dort, während sie tanzt, fest umklammert hält, erstarrt sie, als Strafe für diese Gottlosigkeit. Monate später nimmt sich Chruschtschow ihres Falls an und erteilt widerwillig die Erlaubnis für einen Exorzismus, um das Mädchen von ihrem Fluch zu befreien. Auf seinem Rückflug nach Moskau hört man ihn säuseln: «Welch ein Wunder, welch Schönheit, als wenn ein Engel vorbeigeflogen wäre». Neben diesem kulturellen Müll, den das russische Kino produziert, erscheinen selbst die schlechtesten Filme aus der Sowjetära noch anspruchsvoll.

Bücher kosten weniger Geld und werfen auch weniger ab als Filme, sodass ihre Autoren auch weniger materiellen Versuchungen ausgesetzt sind. An den

Aufmärschen der Opposition in Moskau nehmen regelmäßig bekannte Schriftsteller unterschiedlichster Ausrichtung teil: angefangen von Boris Akunin, der mit Schundliteratur ein Vermögen gemacht hat und der ein Vertreter der von Wiktor Pelewin beschriebenen «Generation P» ist, dem Teil der Intelligenzija, der sich nun ganz der Selbstvermarktung widmet, bis hin zum Dichter Dimitrii Bykow, der beklagt, dass alles, was er an der Sowjetunion verabscheute, wie etwa die Abschottung des Systems, fortbestehe, während alles, was ihm im Großen und Ganzen daran gefallen hat, wie das Bildungssystem, der Humanismus, der Internationalismus, die antikirchliche Haltung bzw. der Atheismus, dabei sei zu verschwinden (Litovskya 2013: 26f.).

Die besondere Rolle, die die Literatur im kulturellen Leben Russlands einmal eingenommen hat, ist weitgehend dahin. Ein Journal wie *Novy Mir*, das einmal drei Millionen Exemplare verkaufte, hat heute nur noch eine Auflage von 3.000 Stück. Auch den Wissenschaftlern und Technikern, die einmal einen wichtigen Teil der Intelligenzija ausmachten, ist es nicht viel besser ergangen. «Sie haben uns 1991 unterstützt, aber die meisten haben später nichts von unseren Reformen gehabt», gab Anatoli Tschubais, der unter Jelzin für die Privatisierung der Wirtschaft zuständig war, in einem Anflug von Ehrlichkeit einmal zu (The Economist, 13.3.2010). Ökonomische Zwänge und politische Enttäuschungen haben zu einer weitreichenden Demoralisierung der Gesellschaft beigetragen, die sich nicht zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte des Landes in der Suche und Sehnsucht nach spiritueller Errettung ausdrückt. Zweifel an der Ernsthaftigkeit und Tiefe dieser Hinwendung zur Reli-

gion, ob nun in der «einfachen» Bevölkerung oder in den Bildungseliten, scheinen jedoch angebracht. Wie in den USA ist auch in Russland die Shoppingmall dem Altar noch immer überlegen. Dort ist Gott nur ein weiteres Accessoire. Zwischen 1990 und 1992 stieg der Anteil der Russen, der sich als gläubig bezeichnete, plötzlich von 29 auf 40 Prozent – ein modernes Wunder der Massenbekehrung. Während sich heute 70 Prozent der Bevölkerung selbst dem orthodoxen Glauben zugehörig erklären, gehen davon nur ganze 3 Prozent zum Ostergottesdienst. Der Glauben an die Sterne lässt den Glauben an die Wiederauferstehung wohl immer noch weit hinter sich. Das religiöse Polster für das Regime scheint relativ dünn.

Imperium und Nation

Andere Quellen des Nationalgefühls reichen tiefer und liegen weiter zurück, sind aber auch nicht ohne Widersprüche. Russland war in der Vergangenheit aufgrund seines riesigen, nur von Größe und Klima geschützten Territoriums, seiner rückständigen Wirtschaft und der großen Armut unter der Landbevölkerung schon immer anfällig gegenüber Angriffen aus dem Westen gewesen. Im 17. Jahrhundert eroberten die Polen das Land, im 18. Jahrhundert die Schweden, im 19. Jahrhundert die Franzosen und im 20. Jahrhundert schließlich die Deutschen. Jedes Mal kostete die Abwehr der Invasoren einen größeren Einsatz an materiellen und menschlichen Ressourcen, woraufhin sich in Russland nach und nach ein zunehmend mächtiger autokratischer Staat mit einer eigenen Expansionsdynamik entwickelte. Im Osten, wo Steppe und Tundra nur spärlich von Jägern und Sammlern besiedelt waren,

unterwarf man alle lokalen Stämme bis hin zum Pazifik und nahm im Prinzip das vorweg, was zwei Jahrhunderte später die Siedler in Nordamerika mit der Verlagerung der Frontier nach Westen unternahmen. Durch die Angliederung der Ukraine und des Kaukasus im Süden erhielt Russland Zugang zum Schwarzen Meer, durch die Aneignung vormals schwedischen Territoriums Zugang zu den baltischen Anrainerstaaten. Später kamen noch beträchtliche Teile Polens und Zentralasiens hinzu. In einem Zeitraum von etwa 300 Jahren bildete sich dort auf diese Weise ein außereuropäisches Imperium heraus, das sich anders als seine vormodernen Pendanten im Mittleren und Nahen Osten oder auf dem indischen Subkontinent niemals dem Westen unterworfen hat (vgl. Poe 2006: 47 ff.). Während alle anderen irgendwann einmal dessen Verlockungen nicht widerstehen konnten und beschlossen, sich die dortigen Fortschritte auf dem Feld der Verwaltung und des Militärs zunutze zu machen, gelang es allein dem zaristischen Russland, dem Westen erfolgreich zu trotzen. Es konnte – wahrscheinlich weil es sich früher mit den westlichen Mächten hatte auseinandersetzen müssen und näher an der Gefahr dran war – nicht nur die eigene Unabhängigkeit bewahren, sondern zumindest für einige Zeit sogar zur führenden Macht in Europa aufsteigen.

Mit der industriellen Revolution ging diese Erfolgsgeschichte zu Ende. Das Russische Reich, das der Technik und modernen Kriegsführung der Gegner nicht gewachsen war, geriet nach und nach ins Hintertreffen. Die Krim wurde vorübergehend von England und Frankreich anektiert, die Mandschurei fiel an Japan, während das Deutsche Reich im Ersten

Weltkrieg den Machtanspruch Russlands im Westen begrenzte. Die Romanow-Monarchie brach zwar zusammen, aber während etwa das Habsburger und das Osmanische Reich infolge militärischer Niederlagen völlig zerfielen, gelang es, nach der Oktoberrevolution nahezu alle Gebiete des ehemaligen Zarenreichs zusammenzuhalten. Dies war die Geburtsstunde der Sowjetunion. In Windeseile machte sich der neue Staat daran, das Versäumnis der vorangegangenen Herrscher wettzumachen und die Industrialisierung des Landes nachzuholen. Und als die Nazis das Land besetzten, gelang es den sowjetischen Truppen nicht nur, die Wehrmacht mit ihrer überlegenen militärischen Kampfkraft zurückzuschlagen. Wie bereits im 19. Jahrhundert drangen russische Soldaten auch weit nach Europa vor und stellten damit die langfristige Kontrolle der Sowjetunion über den halben Kontinent sicher. Trotz gewaltiger Kriegsschäden und massiver menschlicher Verluste setzte die UdSSR die begonnene Industrialisierung konsequent fort und schaffte es schließlich, über die Entwicklung der technologisch fortschrittlichsten und tödlichsten Waffe, der Atombombe, mit den USA militärisch gleichzuziehen. In weniger als drei Jahrzehnten war die Sowjetunion zur zweitstärksten Weltmacht geworden.

Diesen miteinander zusammenhängenden geopolitischen Erfolgen lagen zwei gegensätzliche gesellschaftliche Dynamiken zugrunde. Im Zarenreich hatte eine dynastische Autokratie geherrscht, mit einem Dienstadel und massenhaft Kleinbauern und Leibeigenen, die für die meiste Zeit die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. Das Sowjetsystem hatte die Monarchie und die Aristokratie abgeschafft und nach und nach auch den

Großteil des Bauernstands und dagegen die Herrschaft einer Partei mit diktatorischen Vollmachten über eine erst frisch urbanisierte, vor allem aus Arbeitern bestehende Bevölkerung gesetzt. Diese gegensätzlichen Gesellschaftsformationen brachten unterschiedliche kulturelle Konstellationen hervor. Im Zarismus lebten die Eliten und Massen in völlig voneinander getrennten Welten: Ein zunehmend kultivierter, gar kosmopolitischer Adel stand weit über den völlig ungebildeten Landarbeitern, zwischen Herr und Diener gab es eine riesige Distanz mit gar keinen oder nur wenigen Berührungspunkten. Die orthodoxe Kirche, bereits damals ein korruptes Anhängsel des Staates, und eine kleine Schicht dem Volk zugeneigter Intellektueller versuchten vergeblich, bis in die Dörfer vorzudringen. Unter dem Stalinismus erhielt die Arbeiterklasse eine gute Ausbildung und wurden aus Proletariern Parteikader, was untergründig zu einer Art kulturellen Gleichschaltung der Bevölkerung führte. Die Gruppe der Intelligenzija vergrößerte sich, war in großen Teilen aber gebändigt, also systemkonform.

In einer wesentlichen Hinsicht gab es jedoch eine Homologie in den von beiden Systemen hervorgebrachten kulturellen Ausrichtungen: In beiden hatte das Reich Vorrang gegenüber der Nation. Das Russische Reich, das ursprünglich aus dem Großfürstentum Moskau des 14. Jahrhunderts hervorgegangen ist, war ein von einer Elite geführter Staat. Deren Loyalität galt vor allem dem Herrschergeschlecht. Der Name Russland war eine Erfindung des kaiserlichen Hofes in St. Petersburg. Im 17. Jahrhundert war nur ein Drittel aller ranghohen Beamten Russen; in den darauffolgenden zwei Jahrhunderten waren immer noch zwei

Fünftel davon nicht russisch, die Hälfte von ihnen war deutsch. Am Ende des Zarenreichs stellten Russen nicht einmal mehr die Mehrheit der Bevölkerung. Und obwohl es der Entstehung des Nationalstaats zeitlich vorausging, dessen Form und Grundprinzipien später einmal Europa dominieren sollten, war das Zarenreich niemals so «staatenlos» wie das Habsburger oder das Osmanische Reich. In der Bevölkerung gab es so etwas wie eine protonationalistische Identität, mit der Kräfte zur Verteidigung des «Heiligen Russlands» gegen den Einfall der Polen in der «Zeit der Wirren» zu mobilisieren waren und womit die sektiererische Ablehnung von theologischen Neuerungen als ausländische Apostasie befördert und Material bereitgestellt wurde für slawophile Denunziationen des Westens und seiner Imitation durch einen bürokratischen Zarismus (vgl. Hosking 1993 u. 1997). Schließlich bildete sich im späten 19. Jahrhundert ein aggressiver ethnisch-russischer Nationalismus heraus, der aber aufgrund des weit verbreiteten Analphabetentums und des weitgehend fehlenden Kleinbürgertums auf nur wenig Resonanz in der breiten Bevölkerung stieß. Ab und an nutzten die Herrschenden deren Argumente für taktische Zwecke, etwa um revolutionären Bestrebungen vorzubeugen, da sie aber eine offensichtliche Bedrohung für die Einheit des Reichs darstellten, wurden solche völkisch-nationalistischen Strömungen von offizieller Seite jedoch nie offen hofiert. Russland war ein Imperium verschiedener ethnischer Gruppen und Völker, keine Nation, die aus einem Volk bestand.

Der sowjetische Staat, der das Territorium des ehemaligen Zarenreichs umspannte (minus Finnland, dem Kö-

nigreich Polen und den baltischen Provinzen), brach von Beginn an mit dessen ideologischen Grundlagen. Das Russische Reich wurde gleichgesetzt mit Unterdrückung. Der russische Nationalismus sollte mit Stumpf und Stiel ausgemerzt werden. Sowohl vor als auch noch nach der Oktoberrevolution wettete Lenin gegen den großrussischen Chauvinismus: Er sei die größte Bedrohung der Gleichheit und Solidarität der Menschen und Völker, die in der UdSSR vereint waren. Der bolschewistische Internationalismus und das Prinzip der Brüderlichkeit waren jedoch nicht unbeschadet aus dem Bürgerkrieg hervorgegangen. Immer wieder wurden strategische Erwägungen zur Verteidigung der Revolution über regionale oder lokale Interessen und Bedürfnisse gestellt. So etwa im Fall des Kaukasus oder zentralasiatischer Regionen, die als entscheidend für die Rote Armee erachtet wurden, vereinzelt auch mit Unterstützung der betroffenen Minderheiten. Noch auf dem Sterbebett warnte Lenin vor den Gefahren eines großrussischen Chauvinismus, für dessen maßgeblichen Propagandisten er Stalin hielt.

Dreißig Jahre lang ließ Stalin die Verfassungsstruktur der UdSSR von 1922 unangetastet. Nur während des Großen Vaterländischen Krieges griff auch sein Regime auf populäre russische Ikonen und Traditionen zurück, um die nationale Identität und das Durchhaltevermögen der Bevölkerung und Soldaten zu stärken. Als sich als Ergebnis des Krieges die Möglichkeit ergab, Moskaus Herrschaft auf Territorien auszudehnen, die vormals dem Zarenreich angehört hatten, von den Bolschewiken jedoch aufgegeben worden waren, zögerte Stalin nicht lange. Weder konnte die Reichsidee for-

mal hochgehalten werden, noch wollte man der dominanten Nationalität in der Union allein das Feld überlassen. Mit der Russifizierung schuf man in den abgelegenen Republiken eine gemeinsame *Lingua franca*. Dieser Schritt ging jedoch einher mit der Förderung lokaler Kulturen und Kader, die sich schließlich immer mehr der Kontrolle des Zentrums entzogen und unbeabsichtigt so etwas wie ein «Affirmative-Action-Regime» entstehen ließen.¹⁰ Zugleich gestand man der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, der ältesten sowie bevölkerungs- und einflussreichsten Unionsrepublik (die alle stillschweigend als das eigentliche Machtzentrum anerkannten), keine eigene Partei, Universität oder andere grundlegende republikanische Institutionen zu.

Für die russische Bevölkerung bedeutete dies am Ende, dass ihr die gebrochene Identität aus der Epoche der Romanows erhalten blieb. In beiden Systemen, dem zaristischen und dem sowjetischen, war das Konzept der Nation einem klaren Wertesystem untergeordnet und dadurch zeitgleich transzendiert worden. Unter dem ideologischen Dreigestirn der Autokratie, Orthodoxie und *narodnost* (was gerade nicht mit Nation oder Volk gleichzusetzen ist) und später des proletarischen Internationalismus existierte Russland als eine ethnisch-kulturelle Gemeinschaft neben anderen, die immer am stärksten hervorragte, aber politisch nie eigenständig war. Die vorhandenen Ansätze eines Nationalbewusstseins waren immer wieder eingeehgt und zurückgedrängt worden. Für gebildete Russen im späten Zarenreich war das Problem nicht nur, dass alles Nationale von oben

¹⁰ Vgl. zum Begriff «Affirmative Action Empire» Martin (2001).

gesteuert wurde. Es gab noch einen weiteren Konflikt, der mit der Haltung zum Westen zusammenhing. Konfrontiert mit der Expansion der mächtigen westlichen Industrienationen war jede große außereuropäische Gesellschaft vor die Frage gestellt, wie sie perspektivisch ihre Eigenständigkeit erhalten konnte. Sollte man, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern, bestimmte Aspekte und Errungenschaften dieser Gesellschaften und Staaten einfach übernehmen? Oder war dies eher der schnellste Weg hin zu Unterwerfung und Selbstzerstörung? Konnte nicht allein die Wiederentdeckung einheimischer Traditionen und Werte, die es gebührend aufzubereiten und zu vermitteln galt, zu einer Rettung der eigenen Nation beitragen? Aus zwei Gründen war dieses Dilemma in Russland besonders ausgeprägt. Zum einen waren der Westen und seine Fortschritte, ob sie nun als Versprechen oder Bedrohung wahrgenommen wurden, in unmittelbarer geografischer Nähe, sozusagen in der Nachbarschaft. Zum anderen verfügte man nicht über die benötigten (ererbten) Ressourcen, um sich diesen dauerhaft entgegenzustellen, im Unterschied etwa zu weiter entfernten Ländern wie China, Indien oder Japan (vgl. Lieven 2002: 228 ff.). Das führte zu größeren Spannungen als anderswo, eine grundlegende Ambivalenz schlug schnell in eine klassische Polarisierung um. Der Konflikt zwischen Slawophilen und russischen Anhängern des Westens gab das Muster ab für Auseinandersetzungen in anderen Gesellschaften, die später mit der westlich-kapitalistischen Expansionsdynamik konfrontiert waren. Mehr als ein halbes Jahrhundert lang beschäftigte er jedoch in besonders scharfer und nachhaltiger Form die Eliten in Russland.

Diese besonderen Spannungen beförderten die Herausbildung einer bemerkenswerten Hochkultur. Es entstand die erste Intelligenzija, die sich ihrer selbst als solcher bewusst war. Russische Schriftsteller, Denker, Maler und Musiker schufen großartige Werke, die Bewunderung in ganz Europa genossen. Aber diese brillante Kultur hatte keine integrative Funktion in einer Gesellschaft, in der 80 Prozent der Bevölkerung auf der Schwelle zum 20. Jahrhundert immer noch nicht lesen und schreiben konnten. Es fehlte der Nationalstaat mit seinem Prinzip der Staatsbürgerschaft und den damit einhergehenden Grundrechten und sozialstaatlichen Errungenschaften wie einer allgemeinen Schulpflicht. Es gab auch keine moderne Form der Arbeitsteilung. Aufgrund dieser Defizite waren die Vorstellungen und Ideale, die man mit Russland verband, häufig völlig überzogen, so als müssten sie einen Ersatz bilden für alle Strukturen und institutionellen Elemente, die normalerweise Bestandteil von Nationalstaatlichkeit sind (vgl. McDaniel 1996: 22 u. 160 f.). Dementsprechend hatten in Russland nationalistische Konzepte und Staatstheorien schon immer etwas Messianisches an sich, bezogen sich häufig auf mönchische Lehren von Moskau als dem «Dritten Rom» oder auf Volksmärchen von den «Heiligen Russen». Sie sind zudem Ausdruck der «slawischen Seele», der zufolge Russland eine universelle Mission zu erfüllen hat: die tief gefallene materialistische Welt mit ihrem Geist für Wahrheit und Gerechtigkeit zu erlösen, mit Eigenschaften, die nur dem russischen Volk geschenkt worden sind. Solche Vorstellungen, die, um ein berühmtes Beispiel zu nennen, Dostojewski vertreten hat, waren niemals Gemeingut der rus-

sischen Intelligenzija. Dennoch gehörten sie von Anfang an zum Inventar an nationalen Werten und Ideen und haben diese zutiefst geprägt. Sie sind eine Art ideologische Hypomanie, mit der man versucht hat, die politischen Enttäuschungen zu kompensieren, die aus der autokratischen Herrschaft entstanden sind, die vielen doch fremd blieb. Die Größe des Landes berechtigte zu solchen Träumereien.

Als das Zarenreich auseinanderbrach, erlitten diese mystischen Vorstellungen von Russland als moralischem Retter der Menschheit annähernd das gleiche Schicksal wie der andere Schnickschnack des Ancien Régime. Sie verschwanden erst einmal von der Bildfläche. Aber die Vorstellung von einem besonderen Auftrag, diesmal bezogen auf Moskau, lebte fort, nachdem Stalin erst einmal seine Macht im Kreml konsolidiert hatte. Die Union der Vereinigten Sowjetrepubliken, so wie sie von Lenin gegründet worden war, war frei von Referenzen auf irgendwelche Länder oder Völker gewesen. Die UdSSR war eine Art revolutionäres Wartezimmer. Jedes Land konnte Zutritt erhalten, sobald es bei sich den Kapitalismus zu Fall gebracht hatte. In der Zwischenzeit würde es als Zitadelle des proletarischen Internationalismus dienen. Ab den frühen 1930er Jahren jedoch vollzog sich im Zentrum der Sowjetunion ein ideologischer Wandel. Zunehmend war nun von etwas die Rede, das noch zu Lenins Zeiten als ein Oxymoron gegolten hätte: sowjetischer Patriotismus. Das war nicht der russische Nationalismus, auf den sich das Regime in der Stunde größter Not, als die Wehrmacht vor den Toren Moskaus stand, berufen hatte, um die Abwehrkräfte gegen den Feind zu stärken. Im Laufe der Zeit aber

wurde er von einer abstrakten Idee zu einer Realität für viele, vielleicht sogar für die meisten Bewohner der Sowjetunion. Mit ihm ließ sich sogar der Widerspruch zwischen den Idealen von 1921 und 1931 auflösen. Die UdSSR war nicht nur das Heimatland seiner Bürger und verfügte so wie jeder andere moderne Staat über deren Loyalität; sie war außerdem, wie es in der offiziellen Formulierung hieß, «das Vaterland des internationalen Proletariats und der Arbeiter auf der ganzen Welt». Wieder einmal, wie bei der alten «russischen Idee», kam einer partikularen Identität eine universelle Mission zu. In seiner Lenkungs- und Vorbildfunktion würde das Vaterland aller Arbeiter die Welt zum Sozialismus führen.

Die Auslöschung der UdSSR

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR hat sich auch dieser Anspruch erledigt. Heute, so scheint es, jetzt, wo die supranationalen Hüllen des Zarismus und Kommunismus verschwunden sind, kann der russische Nationalismus, der von beiden auf verschiedene Weisen behindert worden ist, sich endlich frei entfalten, als natürlicher Ausdruck einer lange unterbundenen kollektiven Identität, unbelastet von alternativen ideologischen Anhängseln. Dennoch lag von Anfang an ein Schatten über diesem Unterfangen: Denn die Befreiung kam von außen. Es war der Sieg des Westens im Kalten Krieg, der den Kommunismus beseitigt hatte. Dieser Krieg, der von beiden Supermächten jahrzehntelang auf dem globalen Schlachtfeld mit jeder denkbaren Waffe (außer dem direkten Beschuss) ausgetragen worden war, hatte mit einem unangefochtenen Triumph der USA geendet und mit einer eindeutigen Niederlage der Sowjetunion – so eindeu-

tig und endgültig wie die Kapitulation Deutschlands und Japans im Jahr 1945. Aber alles, was danach kam, unterschied sich deutlich von der Situation nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Da die USA ohne jeglichen Waffengang gewonnen hatten, kam es zu keiner Besatzung wie damals durch die Alliierten. Ohne einen General Clay oder MacArthur vor Ort hatte man jedoch auch weniger Kontrolle über die weitere Entwicklung des ehemaligen Gegenspielers. Das war der Nachteil. Der Vorteil an der Situation nach Ende des Kalten Kriegs bestand darin: Fast die gesamte politische Elite in Russland bot damals dem Sieger freiwillig ihre uneingeschränkte Kooperation in einem postkommunistischen Setting an. Damit konnte man der langwierigen und komplizierten Suche nach geeignetem und fügsamem Personal, das einer direkten militärischen Aufsicht bedarf, wie damals im postfaschistischen Deutschland und Japan, aus dem Weg gehen. Kaum jemand in Russland stand den Plänen der Amerikaner für eine postkommunistische Welt offen feindselig gegenüber. Die Anstrengungen, die man unternehmen musste, um die eigenen Interessen zu verkaufen und durchzusetzen, waren dementsprechend gering. Den USA blieben damit nicht nur die Kosten einer Besatzung erspart, Washington konnte zudem die Wirtschaftshilfe einstellen, die sie Deutschland und Japan jahrzehntelang für den Aufbau von dessen einheimischer Industrie gezahlt hatte, um die Regierungen dieser Länder im Kampf gegen die UdSSR auf ihrer Seite zu haben. Nun da der Kommunismus verschwunden war, gab es keinen Bedarf mehr für eine derartige Absicherung, umso mehr, weil ja nicht nur der Kommunismus als eine politische und ideologische Idee und

Ordnung besiegt worden war, sondern auch der Staat selbst, der einmal ein ähnlich hohes Ansehen in der Welt wie die USA genossen und auf Augenhöhe mit dem ideologischen Gegner konkurriert hatte. Nach der Niederlage der Sowjetunion wurden die Grenzen Deutschlands neu gezogen. Das lange Jahre geteilte Land stieg nach seiner Wiedervereinigung zur dominierenden Macht in Europa auf. Japans Territorium blieb nach der Niederlage völlig unangetastet, es konnte auch den Großteil seiner Eliten aus der Kriegszeit behalten, natürlich auch seinen Kaiser göttlicher Abstammung. Die UdSSR dagegen wurde unwiederbringlich von der Landkarte gelöscht.

Dies war kein explizites Ziel der US-amerikanischen Außenpolitik gewesen, nichts, was sich die Sieger im Vorfeld als mögliche Belohnung ausgerechnet hatten. George Bush sen. und James Baker, die 1991 am Ruder waren, wirkten zu Beginn eher zögerlich als begeistert, als die Auflösung der Sowjetunion sich zum ersten Mal in ihrer ganzen Dimension abzeichnete. Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse erwiesen sich damals als kongeniale Verhandlungspartner. Als alles vorbei war, hatten die mit Sicherheitsfragen befassten Eliten in den USA allen Grund, zufrieden mit dem Untergang ihres alten Widersachers zu sein. Der Kapitalismus hatte dem Kommunismus als Gesellschaftsform von außen den Todesstoß versetzt. Die Auslöschung jenes Staates, den der Kommunismus zur Welt gebracht hatte, war ein zusätzlicher Gewinn, war aber von innen erfolgt. Verantwortlich hierfür war vor allem Boris Jelzin. Er nutzte damals seine Stellung als Präsident der Russischen Teilrepublik (RSFSR) aus, um in einer extrem schwierigen Situation die Ressenti-

ments der russischen Eliten und Bevölkerung anzustacheln, die in großen Teilen unzufrieden waren, weil sie in den Unionsstrukturen nicht über das ihrer Meinung nach angemessene Gewicht und eine entsprechende Unabhängigkeit verfügten. Jelzin brachte seinem damaligen Rivalen Gorbatschow, der 1991 formal immer noch offizielles Staatsoberhaupt der UdSSR war, eine herbe Niederlage und Demütigung bei, indem er ihn – zum Teil über ihn spottend, zum Teil ihn lobend – über die Auflösung des sowjetischen Staates präsidiieren ließ.

Mit Jelzins Aufstieg schien die Stunde des russischen Nationalismus geschlagen zu haben. Während ihn große Teile der russischen Bevölkerung auf seinem Weg nach oben vor allem aufgrund seiner nationalistischen Haltung unterstützten, änderte sich dies, nachdem er erst einmal an der Macht war. Jetzt war es die Intelligenzija, die aus ganz anderen Gründen hinter ihm stand. Ihre Nähe zu Jelzin hatte nichts mit deren Verbundenheit zum Nationalismus zu tun, sondern vielmehr mit ihrer Bewunderung für den Kapitalismus, eine Form von *zapadnit-schestwo*, die sich von früheren Varianten unterschied. Im 19. Jahrhundert war der Westen für russische Intellektuelle ein inspirierendes Vorbild für eine liberal geprägte Moderne mit industrieller Entwicklung und Parlamentarismus gewesen, eine Entwicklung, dem der Zarismus im Weg gestanden hatte. Die Wenigsten fühlten sich von der Profitlogik und dem Aspekt der Kommerzialisierung angezogen. Im späten 20. Jahrhundert war die kanonische Freiheit der Postmodernisten die Demokratie, und Jelzin und seine Gefolgschaft verstanden es, diese Karte zu spielen. Plötzlich waren sie schon immer vor allem Demokraten gewesen.

Aber, so die Beobachtung eines besonders voraussichtigen russischen Intellektuellen, einer insgesamt einsamen Spezies: Es handelte sich um selbsternannte Demokraten, die bei ihrer Jagd auf die Macht nicht davor zurückscheuten, die Demokratie mit Füßen zu treten. Jelzin ließ das russische Parlament, die Duma, bombardieren, peitschte die Ratifizierung der neuen Verfassung durch, verhökerte den Reichtum des Landes an eine Handvoll Oligarchen und bereicherte sich selbst und seine Günstlinge maßlos (vgl. Furman 1995: 12 ff.). Doch das waren nur willkommene Nebeneffekte. Was am meisten zählte, war das größere Ziel, dem sie dienten: die unwiderrufliche Einführung des Kapitalismus in Russland, dem alle anderen politischen und sozialen Segnungen des Westens folgen würden.

In diesem Plan hatte der russische Nationalismus keinen Platz. Aufgabe des Landes war es demnach, sich dem Westen anzuschließen und sich nicht lange mit rückwärtsgewandten Meinungsverschiedenheiten aufzuhalten, sondern vor allem in die Zukunft zu schauen. Das bedeutete, den Willen des Westens zu akzeptieren und ihm bereitwillig entgegenzukommen, notfalls mit einem gewissen Stoizismus. Jelzins Außenminister Andrei Kosyrew verblüffte Richard Nixon, der nach Russland gereist war, mit der Aussage: Moskau hätte keine Interessen, die sich von denen des Westens unterschieden. Es ist daher kaum verwunderlich, dass die USA Gesprächspartner, die so reden und eine Regierung repräsentieren, die auf die ökonomische und ideologische Unterstützung des Westens angewiesen ist, in etwa mit so viel Respekt behandelten, als kämen diese aus einem von ihnen besetzten Land. Weil aber

selbst Kozyrew sich nicht sagen lassen wollte, Moskau sei dazu verpflichtet, Washington bei der Einschüchterung von Serbien zu unterstützen, veranlasste dies Victoria Nuland, zuständig im US-Außenministerium für Europa, zu der Bemerkung: «Das passiert, wenn man versucht, die Russen dazu zu bringen, ihren Spinat aufzuessen. Je mehr man darauf insistiert, der sei gut für sie, desto mehr fangen sie an zu würgen» (zit. nach Talbott 2012: 76). Ihr damaliger Vorgesetzter, der Vizeaußenminister und enger Vertrauter von Bill Clinton, Strobe Talbott, erinnert sich mit einem gewissen Stolz daran: Russland diese «Spinatbehandlung» zu verabreichen, habe zu einer der Hauptaktivitäten während seiner Amtszeit gezählt. Später sollte Obama in aller Öffentlichkeit verlautbaren, Putin erinnere ihn an einen «schmollenden Teenager, der in der letzten Reihe im Klassenzimmer nachsitzen muss». Ein Journalist, der dabei war, wie Victoria Nuland im Zuge der Ukrainekrise mit dem US-Botschafter in Kiew über die Zusammensetzung der dortigen Regierung sprach, fühlte sich an den Ton erinnert, mit dem britische Herrschaften früher Fürsten einer ihrer indischen Kolonien Anweisungen zu erteilen pflegten (Rieff 2014: 12 f). Ob nun aus der US-amerikanischen Haltung Herablassung oder Verachtung spricht, ist am Ende zweitrangig. Es gilt auf jeden Fall: «Wehe den Besiegten!»

Als Jelzins Zeit im Kreml abgelaufen war, kurz nach dem wirtschaftlichen Debakel von 1998, herrschten in Russland Korruption, Chaos und Verelendung, und seine ehemaligen neoliberalen Berater galten als diskreditiert. Als Ideologie hatte sich der Kapitalismus in der Bevölkerung nie einer größeren Beliebtheit erfreut; in der Praxis erlebten ihn die meisten Russen

unter der Schirmherrschaft von Anatoli Tschubais, Jegor Gaidar, Boris Nemtsow und dem Rest der neoliberalen Bande eher als Qual denn als Befreiung. Mit Putin kehrte zumindest wieder Ordnung ein und er sorgte für eine Erholung der Wirtschaft. Weder hat er sich jemals von dem kapitalistischen System, das er geerbt hatte, distanziert, noch hat sich die Legitimation seines Regimes allein auf ökonomischen Erfolg gestützt. Putin zufolge werden Märkte gebraucht, aber er weiß auch, dass die Russen schon immer besonders großen Wert auf einen starken Staat gelegt haben. Mit seiner Machtübernahme waren die Demütigungen, die das Land während der Jelzin-Ära vom Ausland hatte ertragen müssen, vorbei. Russland verlangte von nun an von der internationalen Gemeinschaft «Respekt, Anerkennung und zuverlässige Vereinbarungen für seinen Beitrag bei der Aufrechterhaltung der Ordnung überall auf der Welt» (Mankoff 2009: 305). Putin war bereit, die hierfür notwendigen Zugeständnisse zu machen, aber es war klar, dass die Interessen Russlands sich nicht mehr automatisch mit denen des Westens deckten. Putin forderte von den USA und Europa, diese sollten Russland als gleichberechtigtem Partner begegnen.

Fünfzehn Jahre später ist er mit diesem Vorhaben gescheitert. Da sich das Regime in die Enge gedrängt sieht – die anhaltende ökonomische Krise und der Boykott des Westens üben enormen Druck aus – greift es auf den russischen Nationalismus als wichtigste ideologische Stütze zurück. Das hat in der Vergangenheit vor allem in Kriegszeiten funktioniert – man denke an die Jahre 1812, 1914 und 1941 –, aber auch schon immer nur temporär. Zudem standen da-

mals noch andere Werteordnungen, auf die man sich beziehen konnte, zur Verfügung. Heute gibt es keinen vergleichbaren Krieg und auch keine sonstigen gemeinsam geteilten Werte, mit denen man die russische Gesellschaft zusammenhalten könnte. Es ist das erste Mal, dass eine russische Regierung unter Friedensbedingungen alles auf die Karte des Nationalismus setzt, und das allem Anschein nach nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft. Wie erfolgreich kann dieser Ansatz sein? Angesichts der anhaltenden Rezession in Russland, sozialstaatlichen Kürzungen und einem sinkenden Lebensstandard für das Gros der Bevölkerung wird er mit Sicherheit irgendwann in Bedrängnis geraten. Während es politischen Protesten in der Hauptstadt bisher nicht gelang, das Regime unter besonderen Druck zu setzen, könnte der landesweite Ausbruch von sozialen Konflikten, die in manchen Provinzen seit 2011 schwelen, den Regierenden in Moskau dann doch gefährlich werden. Für die aktuelle Mobilisierung russischen Nationalgefühls ist die weitere Ausbreitung von materieller Not ein nicht zu unterschätzendes Hindernis. Eine weitere Frage, die sich nicht nur auf die gegenwärtige Krise bezieht, sondern grundsätzlich zu stellen ist, ist die nach der Stärke dieses Nationalismus.

Was sind die Ressourcen, auf die der russische Nationalismus heute zurückgreifen kann? Was bleibt, sollte der Befund zutreffen, dass der orthodoxe Glaube wenig mehr ist als ein Ausweis von Respektabilität, mehr modisches Accessoire als Leidenschaft, wenn es stimmt, dass die in der Sowjetzeit so geschätzte Hochkultur von einer globalisierten und kommerzialisierten Massenkultur verdrängt worden ist und dass das, was das

Regime als Demokratie ausgibt, nichts ist, worauf man als patriotischer Russe oder patriotische Russin besonders stolz sein kann? Was bleibt, ist im Wesentlichen ein Paradox. Jetzt, da es endgültig verschwunden ist, ist das Russische Reich, das einstmals die Herausbildung der Nation gehemmt hat, zum Fundament der gegenwärtigen Identifikation mit ihr geworden. Die Verherrlichung der Vergangenheit, bei der weder nach den Bedingungen noch nach den Folgen historischer Entwicklungen gefragt wird, bietet den größten gemeinsamen Nenner für die heutige Herausbildung von kollektiven Identitäten. Die Erinnerungen sind selektiv, wie das bei jeder Nostalgiewelle der Fall ist. Aber sie sind nicht völlig losgelöst von objektiven Gegebenheiten und Zusammenhängen, die sie am Leben erhalten. Weder bildet Russland weiterhin den Architrav eines Imperiums, noch ist es ein konventioneller Nationalstaat oder wird sich in naher Zukunft in einen solchen verwandeln. Selbst in diesem amputierten Zustand ist Russland allerdings weiterhin das größte Land der Erde. Seine Bevölkerung entspricht nicht dieser Größe und fühlt sich eher provinziell und unbedeutend im Vergleich mit anderen Gesellschaften und Mächten, die ihr als Bezugsrahmen dienen, aber in seinen Ausmaßen übertrifft es immer noch alle anderen europäischen Staaten. Alle kolonialen Eroberungen werden weiterhin in das Land integriert; jeder sechste Bewohner gehört dem muslimischen Kulturkreis an; jeder Sechste, dessen Muttersprache Russisch ist, lebt außerhalb der Landesgrenzen. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen ist Russland das reichste Land der BRIC-Staaten; in Sachen nuklearer Bewaffnung liegt es inzwischen weit hinter den USA. Es ist

zu klein, um mit beiden Weltmächten USA und China Schritt halten zu können oder in absehbarer Zukunft mit Indien; es ist jedoch zu groß, um von Europa eingemeindet zu werden oder um einfach einen Platz unter ganz vielen in der «internationalen Gemeinschaft» einzunehmen. Russland befindet sich aus geopolitischer Sicht derzeit zwischen allen Stühlen. Bereits vor 14 Jahren hat der russisch-amerikanische Historiker Georgi Derluguian (2001: 20f.) diese äußerst schwierige Situation des Landes zum Beginn des neuen Jahrhunderts in seiner ganzen Dramatik erfasst:

«Der russische Staat befindet sich heute in einer vielleicht einzigartigen komplizierten Lage, da sein Dilemma nicht nur darin besteht, einen beträchtlichen Teil seines Territoriums von praktisch einen auf den anderen Tag verloren zu haben, sondern weil seine Hauptaktivposten und traditionellen Orientierungen entwertet worden sind. Der Kapitalismus in seiner heutigen globalisierten Form hat kaum mehr eine Verwendung für merkantilistische bürokratische Großreiche, die vor allem auf die Maximierung militärischer Stärke und politischen Gewichts spezialisiert sind – also auf genau das, worin russische und sowjetische Herrscher seit Jahrhunderten gut waren.»

Auf die Frage, wie lange dieser Zustand anhalten wird, antwortete Derluguian:

«Das mit der Globalisierung der Märkte einhergehende Regulierungssystem wird so lange Bestand haben, wie drei Voraussetzungen erfüllt sind: Die wirtschaftliche Expansion der letzten Jahre hält an; die USA behalten ihre ideologische, diplomatische und militärische

Hegemonialstellung; und die sozialen Verwerfungen, die durch die Ausbreitung des Markts in alle gesellschaftlichen Bereiche entstehen, können durch wohlfahrtsstaatliche und polizeiliche Maßnahmen in Schach gehalten werden. Rebus sic stantibus. Wahrscheinlich können wir der gegenwärtigen Form der Globalisierung noch um die zehn Jahre geben.» (Ebd.)

In der andauernden Interimsphase wird das Putin-Regime wahrscheinlich versuchen, die Kluft zwischen der alten und der neuen Ordnung mit verschiedenen Strategien zu überbrücken: indem es sich etwa bemüht, sowohl das Vermögen als auch die Werte und Orientierungen aufzupolieren und an den Mann zu bringen, die zwar entwertet wurden, aber noch nicht ganz an Bedeutung verloren haben; und indem es, ohne große Berücksichtigung des Hegemons, versucht, einen Fuß in die Märkte zu bekommen, die für die eigene Herabstufung und ökonomische Misere verantwortlich sind. Das bedeutet nichts weniger, als auf zwei Hochzeiten gleichzeitig zu tanzen, einen militärischen Kameralismus zu verfolgen und sich zugleich auf die Spielregeln und Bedingungen des Finanzkapitalismus einzulassen. Dieses Vorhaben ist ein Widerspruch in sich und kann daher eigentlich nicht gelingen. Das spiegelt aber auch die einzigartige Stellung Russlands in der gegenwärtigen Weltordnung und die Falle wider, in der das Regime gefangen ist, mit keinerlei Ausweg in Sicht.

*Aus dem Englischen von Britta Grell
und Janek Niggemann*

LITERATUR

Anderson, Perry (2009): *The New Old World*, London/New York.

Armstrong, Patrick (2013): Enter the Memes, in: Ware, Robert Bruce (Hrsg.): *The Fire Below: How the Caucasus Shaped Russia*, London, S. 15–23.

Christensen, Paul (2013): Russia as Semiperiphery: Political Economy, the State, and Society in the Contemporary World System, in: Robinson, Neil (Hrsg.): *The Political Economy of Russia*, Lanham, S. 169–190.

Clover, Charles (2012): Russia's Economy: Unsustainable Support, in: *Financial Times*, 21.3.2012.

Derluguian, Georgi (2001): Recasting Russia, in: *New Left Review* Nr. 12, S. 5–31.

Easter, Gerald (2013): Revenue Imperatives: State over Market in Post-Communist Russia, in: Robinson, Neil (Hrsg.): *The Political Economy of Russia*, S. 51–68.

Fish, Steven M. (2005): *Democracy Derailed in Russia: The Failure of Open Politics*, New York.

Fagan, Geraldine (2013): *Believing in Russia: Religious Policy after Communism*, London/New York.

Geesen, Masha (2012): *The Man Without a Face: The Unlikely Rise of Vladimir Putin*, New York.

Goscilo, Helena (2011): The Ultimate Celebrity: VVP as VIP *objet d'art*, in: Goscilo, Helena/Strukov, Vlad (Hrsg.): *Celebrity and Glamour in Contemporary Russia: Shocking Chic*, London/New York, S. 5–31.

Gustafson, Thane (2012): *Wheel of Fortune: The Battle for Oil and Power in Russia*, Cambridge.

Harding, Luke (2011): *Mafia State: How One Reporter Became an Enemy of the Brutal New Russia*, London.

Hill, Fiona/Gaddy, Clifford G. (2013): *Mr. Putin: Operative in the Kremlin*, Washington.

Holmes, Stephen (2012): Fragments of a Defunct State, in: *London Review of Books*, 5.1.2012.

Hosking, Geoffrey A. (1993): *Empire and Nation in Russian History*, Waco.

Hosking, Geoffrey A. (1997): The Russian National Myth Repudiated, in: Hosking, Geoffrey A./Schöpflin, George (Hrsg.): *Myths and Nationhood*, London, S. 198–210.

Judah, Ben (2013): *Fragile Empire: How Russia Fell In and Out of Love With Vladimir Putin*, New Haven.

Lieven, Anatol (1999): *Ukraine and Russia: A Fraternal Rivalry*, Washington D.C.

Litovskya, Maria (2013): The Function of the Soviet Experience in PostSoviet Discourse, in: Beumers, Birgit (Hrsg.): *Russia's New Fin de Siècle: Contemporary Culture Between Past and Present*, Bristol/Chicago.

Lucas, Edward (2014): The New Cold War: Putin's Russia and the Threat to the West, New York.

Mankoff, Jeffrey (2009): Russian Foreign Policy: The Return of Great Power Politics, Lanham.

Martin, Terry (2001): The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939, Iittaka.

Matuszak, Slawomir (2012): The Oligarchic Democracy: The Influence of Business Groups on Ukrainian Politics, Warschau.

Matveeva, Anna (2013): The North-eastern Caucasus: Drifting Away from Russia, in: Ware, Robert Bruce (Hrsg.): *The Fire Below: How the Caucasus Shaped Russia*, London, S. 253–283.

McDaniels, Tim (1996): The Agony of the Russian Idea, Princeton.

Münchau, Wolfgang (2014): Europe needs to play the long game on sanctions, in: *Financial Times*, 23.5.2014.

Norris, Stephen (2011): Family, Fatherland, and Faith: The Power of Nikita Mikhalkov's Celebrity, in: Goscilo, Helena/Strukov, Vlad (Hrsg.): *Celebrity and Glamour in Contemporary Russia: Shocking Chic*, London/New York, S. 107–127.

Pawlovsky, Gleb (2014): Putin's World Outlook, Interview mit Tom Parfitt, in: *New Left Review* Nr. 88, unter: <https://newleftreview.org/11/88/gleb-pavlovsky-putin-s-world-outlook>.

Poe, Marshall (2006): The Russian Moment in World History, Princeton.

Popov, Vladimir (2007): Russia Redux?, in: *New Left Review* Nr. 44, S. 36–52.

Putin, Wladimir (2005): Rede in der Generalversammlung der Russischen Föderation, 25. April 2005, Moskau.

Rachman, Gideon (2014): The Swift way to get Putin to scale back his ambitions, in: *Financial Times*, 12.5.2014.

Sagramoso, Domitila/Yarlykapov, Akhmet (2013): Caucasian Crescent: Russia's Islamic Policies and Its Responses to Radicalization, in: Ware, Robert Bruce (Hrsg.): *The Fire Below: How the Caucasus Shaped Russia*, London, S. 51–94.

Sakwa, Richard (2011a): The Crisis of Russian Democracy: The Dual State, Factionalism and the Medvedev Succession, Cambridge, S. xi–xiv.

Sakwa, Richard (2011b): Transition as a Political Institution: Toward 2020, in: Lipman, Maria/Petrov, Nikolay (Hrsg.): *Russia in 2020: Scenarios for the Future*, Washington, S. 233–254.

Sakwa, Richard (2013): Systemic Stalemate: *Reiderstvo* and the Dual State, in: Robinson, Neil (Hrsg.): *The Political Economy of Russia*, Lanham, S. 69–96.

Sakwa, Richard (2014): Putin Redux: Power and Contradiction in Contemporary Russia, London/New York.

Solschenizyn, Alexander (1998): Rossiya v obvale, Moskau.

Szaniawski, Jeremi (2014): The Cinema of Alexander Sokurov: Figures of Paradox, London/New York.

Tompson, William (2005): Putin and the «Oligarchs»: A Two-Sided Commitment Problem, in: Pravda, Alex (Hrsg.): Leading Russia: Putin in Perspective: Essays in Honour of Archie Brown, New York, S. 179–202.

Tregubova, Yelena (2003): Baiki kremlyovskogo diggera, Moskau.

Treisman, Daniel (2011): The Return: Russia's Journey from Gorbachev to Medvedev, New York.

Watkins, Susan (2014): Annexations, in: New Left Review Nr. 86, S. 5–11.

Wilson, Andrew (1997): Ukrainian Nationalism in the 1990s: A Minority Faith, Cambridge.

Wilson, Andrew (2002): The Ukrainians: Unexpected Nation, New Haven.

Wilson, Andrew (2005): Ukraine's Orange Revolution, New Haven.

Wood, Tony (2012): Collapse as Crucible: The Reforging of Russian Society, in: New Left Review Nr. 74, unter: <https://newleftreview.org/11/74/tony-wood-collapse-as-crucible>.

World Bank (2012): Russian Economic Report, Washington D.C.

IMPRESSUM

ANALYSEN Nr. 27

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2951 · Redaktionsschluss: Mai 2016

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

«Der russische Staat befindet sich heute in einer vielleicht einzigartigen komplizierten Lage, da sein Dilemma nicht nur darin besteht, einen beträchtlichen Teils seines Territoriums von praktisch einen auf den anderen Tag verloren zu haben, sondern weil seine Hauptaktivposten und traditionellen Orientierungen entwertet worden sind.»

GEORGI DERLUGUIAN

